



ZUKUNFT/ENERGIE/WENDE!

Ist Europa am richtigen Weg?



NATURFREUNDE-UMWELTKONFERENZ

9. März 2013, Salzburg

Inhalt

Mit viel Energie in eine neue Energiezukunft
Vorwort von Regina Hrbek 1

Zukunftssicherung im 21. Jahrhundert
Begrüßung von Johannes Kaup 3

Ja zu Erneuerbaren, nein zu Landschaftszerstörung
Begrüßung von Karl Fraiss 4

Botschafter zukunftsweisender Lösungen
Begrüßung von Manfred Pils 5

Steigender Energieverbrauch versus Energiewende: Wo stehen wir?
Gunda Kirchner 7

Energiewende in Deutschland – Roadmap bis 2020/2050
Stephan Kohler 11

Nachhaltige Energiewende in Österreich. Was muss getan werden?
Michael Proschek-Hauptmann 15

Steuern wir auf eine soziale Energiepolitik zu?
Manfred Pils 21

Europas Weg zu einer effizienten und klimaschonenden Energiepolitik
Bernhard Zlanabtnig 25

Österreichs Weg zu einer effizienten und klimaschonenden Energiepolitik
Michaela Schmidt 29

Europas Energiezukunft. Sind wir am richtigen Weg?
Podiumsdiskussion 33

Energiewende natur- und sozial verträglich gestalten!
Schlusswort von Manfred Pils 37

IMPRESSUM

Herausgeber: Naturfreunde Österreich, Viktoriagasse 6, 1150 Wien, Tel.: 01/892 35 34-0, Fax: DW 48, www.naturfreunde.at
 Redaktion: DIⁱⁿ Regina Hrbek
 Lektorat: Karin Astelbauer-Unger
 Grafik: Mag.^a Hilde Matouschek | www.officina.at
 Druck: Druckerei Janetschek GmbH, www.janetschek.at
 Fotos: Jonas Ginter (Cover links), fotolia.com/VRD (Cover Mitte), Ssogras (Cover rechts), Doris Winder
 Wien, Juni 2013



Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft



Hergestellt nach der Richtlinie des Österreichischen Umweltzeichens „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“
 Druckerei Janetschek GmbH · UWNr. 637



Regina HRBEK

Mit viel Energie in eine neue Energiezukunft



Eines der wichtigsten Themen, mit dem sich unsere Gesellschaft heute befassen muss, ist die Energiewende. Die Internationale Energieagentur (IEA) prognostiziert eine enorme Steigerung des weltweiten Energiebedarfs bis 2035. Die Industriestaaten verbrauchen schon seit Langem viel zu viel

Energie, aber auch Schwellenländer wie China und Indien haben einen schier unstillbaren Energiehunger, der stetig wächst. Wenn dieser nicht zu stoppen ist, wird es unmöglich sein, den globalen Temperaturanstieg bei 2 °C zu halten.

Fakt ist, dass die Welt eine Energiewende unbedingt braucht. Wir können es uns gar nicht leisten, nicht zu reagieren, weil sonst die ökologischen und sozialen Kosten nicht zu bewältigen wären. Soziale Katastrophen, wie Millionen von Klimaflüchtlings, wären die Folge.

Doch was heißt Energiewende überhaupt? Von welcher Energie sprechen wir? Es gibt verschiedene Formen von Energie, die ineinander umgewandelt werden können. Primärenergie (z. B. Erdöl, Gas) kann in Sekundärenergie (Benzin, Strom) umgewandelt werden. Daraus kann Nutzenergie (Wärme, Licht) erzeugt werden, die wiederum für Dienstleistungen, zum Beispiel fürs Heizen und für die Beleuchtung, verwendet werden. In den meisten Fällen bezieht sich der Begriff „Energiewende“ auf Änderungen und Einsparungen im Stromverbrauch.

VORBILDWIRKUNG

Energiewende, Klimaschutz, Naturschutz, nachhaltige Entwicklung usw. gehen Hand in Hand und dürfen nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Auch die Naturfreunde beschäftigen sich schon sehr lange mit diesen Themen und versuchen, vor allem auf ihre Mitglieder bewusstseinsbildend einzuwirken. Natürlich stellen die Naturfreunde auch Forderungen an die politischen Entscheidungsträger. Die Naturfreunde Internationale (NFI), der Dachverband der Naturfreunde-Bewegung mit über 500.000 Mitgliedern, zählt zu den zehn größten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) weltweit.

„Die Energiewende ist ein gesamtgesellschaftliches Vorhaben mit vielen Chancen, aber auch Risiken. Die Naturfreunde Österreich werden sich diesem Thema in den kommenden Jahren verstärkt widmen und sich für eine umweltverträgliche und soziale Energiepolitik einsetzen.“

Wir sind uns daher unserer Verpflichtung bewusst und setzen uns vor allem für ökologische und sozialpolitische Themen ein.

2008 wurde am Kongress der Naturfreunde Internationale eine Klimacharta verabschiedet, in der die Naturfreunde von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten eine ambitionierte Klimapolitik fordern. Klimaschutz bedeutet aber nicht nur, politische Forderungen zu stellen, sondern auch zu zeigen, dass in einer solidarischen Gesellschaft ein klimafreundliches Leben und Wirtschaften möglich ist. In der Charta verpflichten sich daher die Naturfreunde, auch im eigenen Bereich Klimaschutzmaßnahmen zu setzen; sie wollen für die notwendigen kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen einen vorbildlichen Weg gehen.

Die Naturfreunde sprechen sich klar gegen die Nutzung von Atomenergie aus und fordern gemeinsam mit anderen Anti-Atom-Organisationen mit der Kampagne „Österreich – Raus aus EURATOM!“ den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag. Die Naturfreunde treten für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergienutzung ein und verlangen eine massive Förderung einer nachhaltigen und umweltverträglichen Energiegewinnung. Der 2009 erschienene Naturfreunde-Folder „Eine strahlende Zukunft mit Atomkraft? NEIN, DANKE!“ beschreibt die Gefährlichkeit der Atomkraftnutzung und entkräftet alle Argumente der Atombefürworter. 2012 wurde die Kampagne „Raus aus EURATOM“ internationalisiert und wird von Naturfreunde-Organisationen in

ganz Europa unterstützt. Die Naturfreunde sind davon überzeugt, dass ein europaweiter Ausstieg aus der Nuklearpolitik nur über eine demokratische europäische Kontrolle umgesetzt werden kann.

SCHWERPUNKT ENERGIE

Um ihren Mitgliedern einen guten Überblick über wichtige Themen im Umweltschutzbereich zu geben, veröffentlichen die Naturfreunde regelmäßig einschlägige Broschüren, zum Beispiel „Klimaschutz jetzt“, „Alpiner Wintertourismus und Klimawandel“, „Gletscher und Klima im Wandel“ und „Wasser:Lebens:Räume“; sie werden sowohl von Mitgliedern als auch von Schulen, Universitäten, Gemeinden und anderen Interessenten gerne bestellt.

2012 beschloss das Umweltreferat der Naturfreunde Österreich, sich in den nächsten Jahren besonders mit dem Bereich „Energie“ auseinanderzusetzen und widmete daher die heurige Umweltkonferenz, die in Zusammenarbeit mit der Naturfreunde Internationale

stattfind, dem Thema Energiewende in Europa. (Die Naturfreunde Österreich veranstalten schon seit einigen Jahren gemeinsam mit der Naturfreunde Internationale Umweltkonferenzen, immer mit einem anderen Schwerpunkt.)

Die Umweltkonferenz „ZUKUNFT/ENERGIE/WENDE! Ist Europa am richtigen Weg?“ brachte eine enorme Fülle von Informationen und Denkansätzen für die zukünftige Entwicklung des Energiesystems, die wir nun mit dem vorliegenden Tagungsband einem breiteren Publikum zugänglich machen. Die Vorträge spannen einen Bogen von den Problemen der Energiewende in Österreich über die Situation in Europa bis hin zu den weltweiten Herausforderungen. Viel Freude beim Lesen!

Herzlichst

DIⁱⁿ Regina Hrbek, Leiterin der Abteilung Natur- und Umweltschutz der Naturfreunde Österreich

Johannes KAUP

Zukunftssicherung im 21. Jahrhundert



Guten Morgen, willkommen in Salzburg!

Nichts geht in unserer Gesellschaft ohne Energie, wir leben in einer Energiegesellschaft. Noch nie hat eine Gesellschaft so viel Energie verbraucht wie heute. In Österreich ist der Energieverbrauch in den letzten

25 Jahren um 75 % gestiegen. Das schien auch jahrelang kein Problem zu sein, denn unser Wohlstand, unser sogenannter „Fortschritt“ fußte ja auf billigen Energien, fossilen Rohstoffen wie Öl, Gas und Kohle. Die schienen unerschöpflich zu sein. Ein gesellschaftliches Bewusstsein hinsichtlich der negativen Folgen für unseren Lebensstil, für Umwelt und Klima sowie die nachfolgenden Generationen war auch kaum gegeben, jahrelang. Das hat sich in den letzten Jahren zwar stark verändert, aber der Weltenergiebedarf steigt immer noch enorm an. Die Auswirkungen sind empfindliche Preissteigerungen bei den fossilen Rohstoffen sowie politische und ökonomische Abhängigkeiten, die wir alle kennen. Viele militärische Konflikte, von denen unsere Welt erschüttert und bedroht ist, sind genau besehen auch Energiekonflikte. Auch die globale Ernährungssicherheit und der Klimawandel sind mittlerweile zu einem zentralen Problem geworden.

Als Maßnahmen zur Steuerung von Treibhausgasemissionen und zur Erlangung von Energiesicherheit werden vor allem die Steigerung von Energieeffizienz sowie der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien diskutiert. Das Thema „Energiesparen“ steckt noch in den Kinderschuhen. Beim Thema „Verkehrspolitik“ endet der Horizont oft schon an der Kühlerhaube.

Die Umsetzung der notwendigen Energiewende wirft aber Fragen auf, die nach einer dringenden gesellschaftlichen und politischen Diskussion verlangen. Was kann, was muss die Politik tun, um die bisherigen Abhängigkeiten zu verringern? Was können Bürgerinnen und Bürger tun, was sollen sie beitragen? Was leisten Energiespar- und Effizienzmaßnahmen? Was leisten erneuerbare Energieträger und was nicht? Welche erneuerbaren Energien sind an welchen Standorten sinnvoll und wo nicht? Welche politischen Maßnahmen sind denn für eine Energiewende sinnvoll, die Rücksicht auf den Umweltschutz und die sozioökonomischen Folgen nimmt? Wer trägt in der Energiegesellschaft welches Risiko?

„Noch nie hat eine Gesellschaft so viel Energie verbraucht wie heute. In Österreich ist der Energieverbrauch in den letzten 25 Jahren um 75 % gestiegen.“

Das sind heute die zentralen Schlüsselthemen auf dem Weg hin zu einer Energiewende. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler betrachten die Änderung des bisherigen Energiesystems als die größte Aufgabe der Zukunftssicherung im 21. Jahrhundert.

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 den Primärenergieeinsatz um 20 % zu verringern. Das wird nicht ohne energiebewusst handelnde Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein, die auch in ihren privaten Haushalten und bei der individuellen Mobilität Effizienz und Sparsamkeit walten lassen. Aber es braucht eben auch die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen.

Seit einigen Jahren kommt es im Kreis der Umweltbewegten zu „grünen“ Konflikten, weil es unterschiedliche Einschätzungen darüber gibt, wie sinnvoll die Nutzung erneuerbarer Energieträger – zum Beispiel von Wind- und Wasserkraft – in welcher Region und in welchem Ausmaß ist. Diese „grünen“ Energiekonflikte sind wie ein unsichtbarer Riss in der Bewegung derer, die sich für die Natur und Umwelt engagieren. Da, denke ich, braucht es eine neue Diskussion, und ich glaube, heute ist dazu eine gute Gelegenheit.

Mag. Johannes Kaup, ORF-Redakteur bei Ö1, moderierte die Naturfreunde-Umweltkonferenz 2013.

Karl FRAIS

Ja zu Erneuerbaren, nein zu Landschaftszerstörung



Sehr geehrten Damen und Herren!
Liebe Naturfreunde, liebe Gäste
unserer heutigen Umweltkonferenz!

Die Naturfreunde machen diese Umweltkonferenz nicht, weil sie wissen, wie es weitergeht. Im ersten Teil des Titels der heutigen Konferenz ist „Zukunft/Energie/Wende“ mit einem Rufzeichen versehen. Das steht für die Notwendigkeit, das Erfordernis. „Ist Europa am richtigen Weg?“ hat ein Fragezeichen. Und genau darum wird es heute gehen: um ein Bekenntnis der Naturfreunde, dass sich etwas ändern muss. Aber wir müssen darüber diskutieren, unter welchen Rahmenbedingungen das passieren soll. Es ist sehr leicht zu sagen, wir sind für alternative Energien. Das ist genauso, wie wenn ich sage, ich bin für das Medikament X; das muss aber auch richtig angewendet werden. Wenn es überdosiert eingenommen wird oder bei einer falschen Indikation, ist es der verkehrte Weg gewesen. Und genauso geht es uns bei den alternativen Fragen. Wir wissen, und dieses Selbstbewusstsein sollten wir alle haben, dass wir gegen die Nutzung der Atomkraft sind. Als Oberösterreicher und jahrelanger Kämpfer gegen Temelín usw. möchte ich das klar betonen. Und wir wissen, wie es mit der fossilen Energie aussieht. Doch auch die Nutzung erneuerbarer Energiequellen ist nicht ohne Probleme. Wir wollen zum Beispiel am Traunsteinhaus der Naturfreunde Sonnenenergie nutzen. Doch die Baubehörde meint, dass durch die Solarplatten ein zu großes Blendwerk entstehen würde. Ist die Technik vielleicht noch nicht ganz so weit? Ist bei den Baubehörden ein Umdenken erforderlich? Thema Windenergie: In manchen Gebieten können Windräder problemlos aufgestellt werden, in anderen wiederum passieren Natur- und Landschaftszerstörung. Diese Probleme müssen wir genauso beachten! Im Sinne der Nachhaltigkeit müssen wir stets prüfen, ob es in bestimmten Bereichen, topographisch und geographisch gesehen, nicht bessere Alternativen gibt. Vor diesen Fragen stehen wir heute.

Ein weiterer Punkt, der ebenfalls zu beachten ist: Wie schaut es mit der gesamten Weltbevölkerungsentwicklung aus? Wir leben nun

einmal in einer internationalisierten Welt. Wie schaut es aus, wenn Indien, Brasilien, China usw. ihre wirtschaftliche Entwicklung weiter vorantreiben? Dann sind unsere Probleme im Verhältnis zu den großen Problemen doch sehr klein – was nicht heißen soll, dass man nicht auch die kleinen Probleme lösen muss. Aber man muss auch die großen Probleme sehen: Wie schaut es zum Beispiel mit der Ernährung aus? Der Kapitalismus ist in seiner größten Krise der letzten Jahre gelandet. Es handelt sich nicht nur um eine Finanzmarkt-Wirtschaftskrise, sondern es ist auch eine Absatz-, eine Umsatzkrise, die in eine Spekulationskrise gemündet hat. Diese Spekulationskrise erfasst jetzt Nahrungsmittel, Energiegrundstoffe usw., und das ist ein weiteres Problem, vor dem wir stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute werden so hervorragende Referentinnen und Referenten zu Wort kommen, dass ich mich ganz kurz halte. Ich möchte heute zuhören und lernen. Wir alle sind gefordert, den vor uns liegenden Weg in ein neues Energiesystem so zu gehen, dass wir nicht in eine Sackgasse geraten, wie es bei der Nutzung der Atomenergie geschehen ist. Wir sind für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen, ohne jedoch Landschaftszerstörung zu betreiben. Darauf ist zu achten! Auch darauf, dass keine Naherholungsgebiete verlorengehen. Bei Windrädern etwa kann es im Winter zu Eiswurf kommen, und Naherholungsgebiete müssen deshalb unter Umständen gesperrt werden. Wenn wir also wollen, dass die Leute nicht ins Auto steigen, sondern in der näheren Umgebung in die Natur gehen, müssen wir das auch ermöglichen. Wir müssen uns also mit diesen Problemen bis ins kleinste Detail auseinandersetzen!

Ich danke den Referentinnen und Referenten schon jetzt für ihre Ausführungen. Ich danke allen Anwesenden für ihr Kommen. Es macht mir eine Riesenfreude, dass so viele Engagierte dabei sind, wenn sich die Naturfreunde darum bemühen, einen sinnvollen Weg für die Energiewende zu finden.

Dr. Karl Fraiss, Vorsitzender der Naturfreunde Österreich

Manfred PILS

Botschafter zukunftsweisender Lösungen



Inzwischen ist es bereits eine Tradition, dass die Naturfreunde Österreich und die Naturfreunde Internationale gemeinsame Umweltkonferenzen durchführen, jedes Mal mit großem Erfolg. Ich danke dem Vorsitzenden Karl Frais sehr herzlich für diese Kooperation, und ich hoffe, dass wir sie auch in Zukunft fortsetzen werden.

Warum beschäftigen sich die Naturfreunde mit Energiepolitik? Was hat das mit uns zu tun? Da würde ich sagen: Ganz einfach, wir sind einerseits Betroffene, weil wir ja die Natur genießen wollen. Wir sind Betroffene von Staudämmen, von Windrädern, von Photovoltaikanlagen, aber wir sind auch von der Klimapolitik und allen Folgen dieser Klimapolitik betroffen. Das ist die *eine* Seite. Aber wir sind auch Täter, weil wir dazu beitragen, dass Probleme entstehen – vielleicht nicht in der vollen Verantwortung, aber teilweise. Zum Beispiel im Verkehrs- und Tourismusbereich. Viele Menschen in unseren Breiten reisen im Winter mit dem Flugzeug in den Süden, was große Mengen Treibhausgase freisetzt. Wir fahren auch in der Freizeit sehr viel mit dem Auto. Und in Österreich werden bereits 70% aller Skipisten beschneit, wofür immerhin über 400 Gigawattstunden Strom verbraucht werden.

Wir sind also in einer schwierigen Situation: Wir nutzen Energie für unsere Zwecke, aber wir sehen natürlich auch die negativen Folgen dieses Energieverbrauchs. Das betrifft uns alle, denn wir alle gehen davon aus, dass der Strom aus der Steckdose kommt und das Benzin aus der Zapfsäule. Was dahintersteckt, woher die Energie kommt und was durch den Verbrauch verursacht wird, davor verschließen viele gerne die Augen.

„Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden soziale Katastrophen die Folge sein. Die fossilen Energieträger werden nicht mehr leistbar sein, und Millionen Klimaflüchtlinge werden eine neue Heimat brauchen.“

Wir dürfen aber die Augen nicht verschließen! Wenn wir so weitermachen wie bisher, wird es unweigerlich große Probleme geben. Wir werden größere Umweltprobleme sowie große soziale Probleme bekommen, weil die konventionellen Energieträger immer teurer werden und wir sie uns irgendwann einmal nicht mehr leisten können. Ich glaube, dass wir einen solchen Zustand nicht erreichen wollen, und deswegen wollen wir uns heute mit dem Thema Energiewende und Energieeffizienz auseinandersetzen. Die Naturfreunde möchten die Botschafter von neuen, zukunftsweisenden Lösungen sein, und wir haben auch die Verantwortung, daran mitzuarbeiten. Ich hoffe, dass wir auf dieser Konferenz Konzepte und mögliche Lösungen sehen werden, die dann jede(r) von uns verbreiten kann.

Mag. Manfred Pils, Präsident der Naturfreunde Internationale



Steigender Energieverbrauch versus Energiewende: Wo stehen wir?



Gunda Kirchner gibt in ihrem Referat einen Überblick über die weltweite Energiesituation sowie über die Bemühungen der EU und Österreichs, den Energieverbrauch zu stabilisieren und die Energieeffizienz zu steigern.

Die Österreichische Energieagentur (AEA) wurde 1977 von Bruno Kreisky anlässlich der Abstimmung über Zwentendorf und auch anlässlich der Ölkrise gegründet, die Österreich schon miterlebt hatte. Wir sind ein unabhängiger Thinktank und beraten national und international, wie Energie sinnvoll, nachhaltig und effizient bereitgestellt werden kann.

Ich spanne heute den Bogen über die globale Entwicklung, gehe dann zur europäischen Klimapolitik und zur Situation in Österreich über.

DIE GLOBALE SITUATION

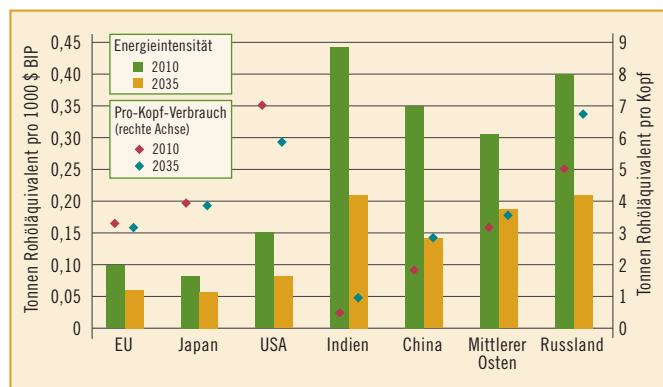
Beim Thema Energie und Energieversorgung stellt sich immer die Frage, welche Faktoren den Energieverbrauch in die Höhe treiben. Laut dem „World Energy Outlook“, der jährlich von der Internationalen Energieagentur veröffentlicht wird, werden bis zum Jahr 2035 die Weltbevölkerung (Anstieg auf 8,5 Mrd. Menschen) sowie die Wirtschaftsleistung steigen. Die sogenannten Treiber sind jedoch nicht in den OECD-Ländern zu finden: 90 % des Bevölkerungswachstums, 70 % der Zunahme der Wirtschaftsleistung und 90 % des Wachstums des Energieverbrauchs werden in afrikanischen Ländern und in Asien erfolgen.

Der „World Energy Outlook 2013“ präsentiert vier Szenarien, wie die Welt 2035 oder 2050 aussehen könnte:

- Das „Current Policies Scenario“ zeigt, was passiert, wenn wir so weitertun wie bisher und keine weiteren politischen Maßnahmen (seit Mitte 2012) gesetzt werden.
- Das „New Policies Scenario“ ist das Szenario der neuen energiepolitischen Rahmenbedingungen; hier wird angenommen, dass die Regierungen die aktuellen politischen Verpflichtungen umsetzen. Dieses Szenario kommt u. a. zu dem Schluss, dass der globale Energiebedarf sich von 2012 bis 2035 um ein Drittel erhöhen wird; alleine auf China und Indien entfallen 50 % des Wachstums. Die Schwellenländer treiben also die Energienachfrage voran.
- Im „450 Szenario“ rechnet die Internationale Energieagentur damit, dass bis zum Jahr 2050 der globale Temperaturanstieg auf 2 °C beschränkt werden kann.
- Das „Efficient World Scenario“ geht davon aus, dass alle Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz getätigt werden.

Anhand dieser Szenarien kann man sehen, welche Maßnahmen und Instrumente einen Zielpfad unterstützen können.

Grafik 1: Primärenergiebedarf weltweit pro 1000 \$ BIP und pro Kopf nach Regionen

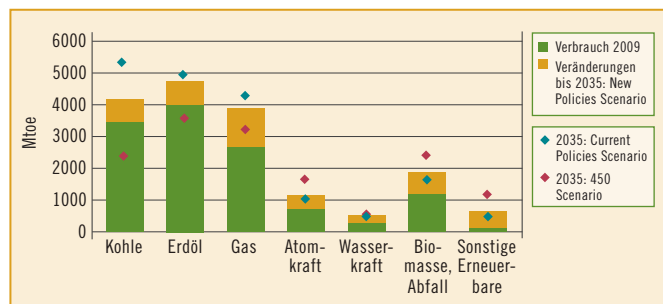


Quelle: IEA WEO, 2012; dieser Grafik liegt das „New Policies Scenario in selected regions and countries“ zugrunde.

Die Grafik 1 zeigt den Primärenergiebedarf weltweit, einerseits aufgeschlüsselt nach Wirtschaftsleistung und andererseits nach dem Pro-Kopf-Verbrauch nach Regionen. Die blauen Balken stellen die Energieintensität dar, also wie viel Energieeinsatz für die Wirtschaftsproduktion benötigt wird. Im Vergleich von 2010 und 2035 sieht man, dass in allen Regionen voraussichtlich ein Fortschritt hinsichtlich Energiereduktion erzielt werden wird. Der Energiebedarf wird 2035 in Indien, China, Russland und im Mittleren Osten höher als in Europa, Japan und in den Vereinigten Staaten liegen.

Interessant finde ich den Pro-Kopf-Energieverbrauch, der mit den kleinen Rauten abgebildet ist: Selbst wenn Maßnahmen gesetzt werden, werden die USA und auch Russland 2035 einen enorm hohen Pro-Kopf-Bedarf haben.

Grafik 2: Weltweiter Primärenergiebedarf nach Energieträger und Szenario: 2009 und 2035 in Millionen Tonnen Rohöläquivalent (Mtoe)

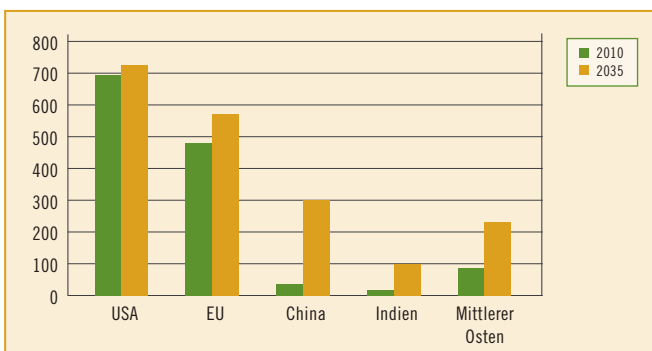


Quelle: IEA WEO, S. 72

Wenn das Ziel der Temperaturerwärmung um maximal 2°C bis zum Jahr 2050 erreicht werden soll, werden Gas und auch die Erneuerbaren an Bedeutung gewinnen. Die grünen Balken in der Grafik 2 stellen die jetzige Nachfrage und die Deckung der Energieträger dar. Der aufgesetzte gelbe Balken bedeutet die Verän-

derung des Einsatzes der Energieträger bis zum Jahr 2050, wenn man mit den neuen Politiken weiter so verfährt wie bisher (New Policies Scenario). Wenn wirklich ambitioniertere Maßnahmen umgesetzt werden (450 Szenario – rote Rauten), wird Biomasse an Bedeutung gewinnen, der Verbrauch von Kohle und Öl zum Beispiel wird zurückgehen.

Grafik 3: Anzahl der Autos pro 1000 EinwohnerInnen in ausgewählten Regionen



Quelle: Auszug aus WEO, Presentation to the press, 2011

Ein ganz wichtiger Faktor für den weiteren Anstieg des Ölverbrauchs ist der Verkehr. Die Grafik 3 zeigt, dass die Anzahl der PKW pro 1000 EinwohnerInnen sich sehr verändern wird. In China etwa wird die PKW-Anzahl massiv steigen. Aber auch in den USA und in der EU wird die Anzahl der PKW weiter zunehmen, allerdings war man hier schon 2010 auf einem sehr hohen Niveau.

Man erwartet, dass sich bis 2035 die Anzahl der PKW verdoppeln wird, und zwar auf 1,78 Milliarden. Laut dem „New Policies Scenario“ des „World Energy Outlook“ wird es in China bis zum Jahr 2035 450 Mio., also fast eine halbe Milliarde Fahrzeuge geben.

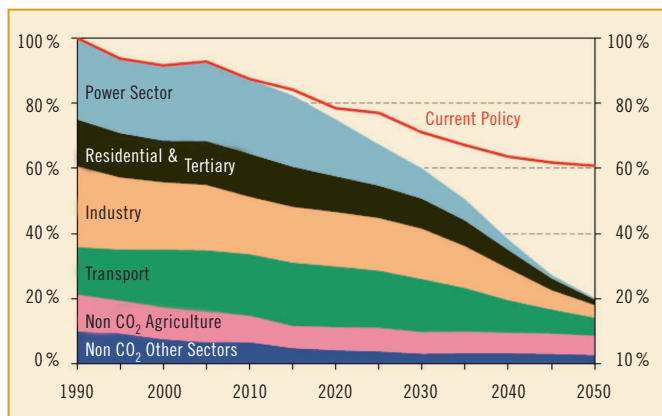
Die Szenarien des „World Energy Outlook“ sind natürlich keine verbindlichen Prognosen, aber sie zeigen ganz eindeutig, dass Energieeffizienz der Hebel ist, um die erforderlichen energiepolitischen Ziele zu erreichen. Im „New Policies Scenario“ etwa sieht man u. a., dass der CO₂-Ausstoß drastisch gesenkt werden kann, wenn es in allen Bereichen zu strengen Richtlinien und zur teilweisen Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe kommt.

DIE EUROPÄISCHE KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

Das war nun ein kurzer Überblick über die weltweite Entwicklung. Die europäische Klima- und Energiepolitik beschäftigt sich auch mit den verschiedensten Themen und Zielsetzungen. Man entwickelte die „Low Carbon Economy“, die „Energy Road Map 2050“ und das „Klima- und Energiepaket 20 – 20 – 20“.

Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen im Rahmen der Low Carbon Economy bis zum Jahr 2050 um 80 % zu senken, mit dem Ziel, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf weniger als 2 °C zu begrenzen.

Grafik 4: Treibhausgasemissionen der EU bis 2050



Quelle: EU, COM (2011) 112 final 8.3.2011, „Roadmap for moving to a competitive low-carbon economy 2050“

Die Grafik 4 zeigt, dass bei einer Fortsetzung der derzeitigen Politik die Treibhausgasemissionen um 40 % gesenkt werden können. Wenn aber eine Reduktion von 80 % erreicht werden soll, sind weitere Maßnahmen insbesondere im Stromsektor nötig. Aber natürlich besteht auch in allen anderen Bereichen Handlungsbedarf. Die Dekarbonisierung verlangt fast eine Halbierung des derzeitigen Energieverbrauchs!

Schaffen möchte man das durch verstärkte Energieeffizienzmaßnahmen, aber natürlich auch durch eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energieträger; und natürlich zieht die Europäische Union auch andere Technologien wie die Nutzung der Nuklearenergie und die Speicherung von Kohlendioxid in Betracht.

Ein aktuelles Trendszenario zeigt, dass Strom ein noch wichtigerer Energieträger werden wird als bisher. Der Anstieg des Stromanteils wird für das zukünftige Energiesystem auch eine große Herausforderung sein.

Das Energie- und Klimapaket 20 – 20 – 20 hat für die Europäische Union folgende Ziele formuliert: bis zum Jahr 2020 Senkung der Treibhausgase um 20 %, Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energieträger um 20 %, Senkung des Energieverbrauchs um 20 %. Für alle drei Bereiche wurden auf EU-Ebene Gesetzesvorhaben umgesetzt; im Dezember 2012 wurde eine neue Energieeffizienz-Richtlinie verabschiedet, weil absehbar war, dass man das 20-Prozent-Ziel im Bereich Energieeffizienz nicht erreichen würde.

Im Bereich erneuerbare Energieträger haben sich die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, mehr Energie durch erneuerbare Energieträger aufzubringen. Österreich hat sich verpflichtet, den Anteil erneuerbarer Energieträger bis 2020 auf 34 % anzuheben. 2005 lag Österreich bereits bei rund 24 %, aktuell beträgt der Anteil der Erneuerbaren rund 30 %.

Im Bereich Energieeffizienz liegt Österreich im europäischen Vergleich gemessen an der Durchschnittsintensität der Mitgliedsländer (Energieintensität bedeutet, wie viel Energie benötigt wird, um Wirtschaftsleistung zu erzielen) nach Dänemark, Irland und Großbritannien an vierter Stelle. Was aber nicht bedeutet, dass wir uns auf gewissen Vorleistungen ausruhen dürfen, der Status quo ist sicher weiterzuentwickeln.

Die bereits erwähnte neue EU-Energieeffizienz-Richtlinie hält fest, dass die Mitgliedsstaaten sich dazu verpflichten, 20 % Energieeinsparung zu erzielen. Die Richtlinie sieht vor, dass die Energieversorger /-verteiler, also die Energieunternehmen, pro Jahr Einsparungen von 1,5 % des vorjährigen Energieabsatzes schaffen müssen. Die Energieunternehmen müssen bei den Endkunden Maßnahmen setzen, zum Beispiel Energieberatungen durchführen, Endkunden dabei unterstützen, dass effiziente Technologien eingesetzt werden, etc. Wenn sie die Zielsetzung nicht erreichen, gibt es Ausgleichszahlungen bzw. Strafen.

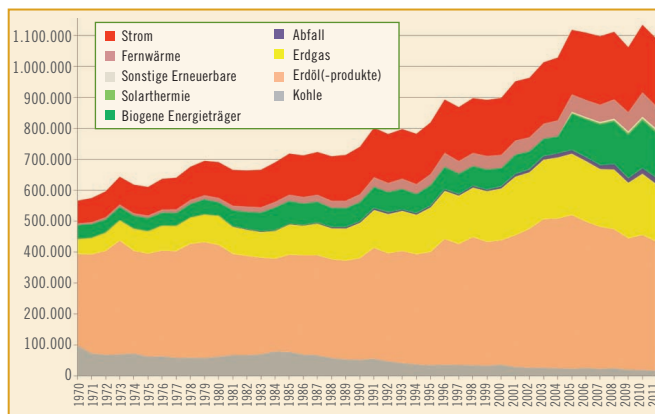
Die Richtlinie beinhaltet auch eine Sanierungspflicht für Gebäude, allerdings nur für Gebäude, die im Eigentum der Zentralregierung sind, in Österreich im Eigentum der Bundesregierung. Pro Jahr sind 3 % der Gebäude zu sanieren, die größer als 500 m² sind; ab Juli 2015 gilt das dann auch für Gebäude, die größer als 250 m² sind. Darüber hinaus werden auch Unternehmen verpflichtet: Zum Beispiel müssen alle großen Unternehmen (keine KMU) alle drei Jahre ein Energie-Audit durchführen.

Die Richtlinie besteht natürlich aus vielen weiteren Punkten, aber das waren einmal die groben Eckpfeiler.

DIE LAGE IN ÖSTERREICH

Der Endenergieverbrauch in Österreich nach Energieträgern (Stand 2011) setzt sich folgendermaßen zusammen: Fast 57 % entfallen auf den Einsatz fossiler Energiequellen; der Stromanteil beträgt 20 %, der Anteil der biogenen Energieträger liegt bereits bei 13,4 %, und die Fernwärme hat einen Anteil von knapp 7 %. Sonstige erneuerbare Energiequellen inklusive Solarthermie decken 1,1 % des Endenergieverbrauchs.

Grafik 5: Endenergieverbrauch in Österreich 1970–2011



Quelle: Statistik Austria, Austrian Energy Agency

Der Endenergieverbrauch ist in Österreich seit 1970, wie die Grafik 5 zeigt, ständig gestiegen – vor allem der Verbrauch von Strom, aber auch von erneuerbaren Energieträgern.

In puncto Stromaufbringung haben wir in Österreich eine gute Situation: Wir haben Wasserkraft, die zu 55 % die Stromaufbringung deckt. Erdgas trägt mit 20 % zur Stromerzeugung bei, Kohle mit 12 %. Erneuerbare Energieträger wie Windkraft und Photovoltaik haben bereits einen Anteil von rund 10 %.

Welche Bereiche verbrauchen in Österreich die meiste Energie? An erster Stelle rangiert der Verkehrsbereich, der vor allem fossile Energieträger verbraucht. Der zweitgrößte Energieverbraucher ist der Industriesektor, in dem vor allem Erdgas, Strom, aber auch biogene Energieträger genutzt werden. An dritter Stelle steht der Bereich Haushalte, der eine gute Aufteilung der verschiedenen Energieträger – Erdölprodukte, Gas, erneuerbare Energieträger, Fernwärme, Strom – aufweist.

DIE ÖSTERREICHISCHE ENERGIESTRATEGIE

Vor einigen Jahren haben das Wirtschaftsministerium und das Umwelt- bzw. Landwirtschaftsministerium in einem breiten Stakeholderprozess die österreichische Energiestrategie entwickelt, um die EU-Vorgaben erreichen zu können: Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energieträger 34 % betragen, die Treibhausgasemissionen sollen außerhalb des Emissionshandelssystems um 16 % gesenkt werden und die Energieeffizienz muss vorangetrieben werden. Der Energieverbrauch soll bis 2020 ausgehend vom Energieverbrauch im Jahr 2005 nicht mehr steigen.

Wie liegen wir in Österreich bei der Energieeffizienz? Die Österreichische Energieagentur ist Energieeffizienz-Monitoringstelle und hat eine Zwischenbilanz errechnet. Österreich hat aufgrund der ersten Energieeffizienz-Richtlinie das Ziel, 80,4 Petajoule einzusparen. Alle bereits gesetzten Maßnahmen und die Maßnahmen, die bis zum Jahr 2016 erfolgen werden, führen dazu, dass die zu erzielenden Einsparungen knapp, aber doch erreicht werden können.

Drei Viertel der Energieeffizienzmaßnahmen werden im Gebäude- und Heizungsbereich gesetzt: 64 % der Maßnahmen betreffen Sanierungen von Gebäudehüllen, 16 % der Maßnahmen erfolgen im Bereich Wärmebereitstellung.

ENTWURF FÜR EIN NEUES ENERGIEEFFIZIENZGESETZ

Es gibt mittlerweile einen Entwurf für ein neues Energieeffizienzgesetz in Österreich, der eine erforderliche Einsparung um 56,7 Petajoule vorsieht; die verpflichteten Energieunternehmen, die ich schon vorher genannt habe, sollen jährlich 8,1 Petajoule einsparen bzw. entsprechende Maßnahmen setzen.

Die Verteilung der Einsparverpflichtungen soll laut Gesetzesentwurf so aussehen: 71 % der Einsparungen müssen die Energieunternehmen leisten; 40 % der Einsparungen müssen durch Maßnahmen in den Haushalten erzielt werden. Zu 21 % Einsparungen werden die KMU verpflichtet, und die ETS-Betriebe, also die emissionshandelsunterworfenen Unternehmen, sollen 8 % einsparen.

EFFIZIENZPOTENZIALE

In Österreich gibt es zur Stabilisierung des Energieverbrauchs große Effizienzpotenziale: In allen vier Sektoren Verkehr, Dienstleistungen, Haushalte und Industrie haben wir ein technisches Potenzial von rund 200 Petajoule. Das ökonomische Potenzial liegt zwischen 100 und 150 Petajoule. Also hier gibt es Möglichkeiten, noch Energieeffizienzmaßnahmen zu setzen.

Damit komme ich zum Schluss meiner Ausführungen. Was ist in Österreich derzeit aktuell? Der Entwurf für ein neues Bundesenergieeffizienzgesetz liegt vor. Laut Plan soll er noch vor dem Sommer 2013 durch den Nationalrat gehen, dann könnte das Gesetz im Jahr 2014 in Kraft treten. Bis dahin gibt es noch einige Dinge zu tun, zum Beispiel den Ausgleichsbetrag für Unternehmen festzulegen, welche die Ziele nicht schaffen. Es muss laut Gesetz eine Energieeffizienz-Monitoringstelle eingerichtet werden. (Die Österreichische Energieagentur ist aktuell als Monitoringstelle direkt beauftragt. Der Gesetzesentwurf sieht weitere Aufgaben sowie die Ausschreibung der Monitoringstelle vor.) Weiters ist das ganze Regelwerk auszuarbeiten und weiterzuentwickeln, wie die Energieeffizienz gemessen werden kann und wie das Monitoring ablaufen soll.

Mag.^a Gunda Kirchner, Leiterin Energie und Klimapolitik, Volkswirtschaft, Österreichische Energieagentur (AEA)

Energiewende in Deutschland – Roadmap bis 2020/2050



Der Schlüssel für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung liegt in der Steigerung der Energieeffizienz, betonte Stephan Kohler in seinem Vortrag. Und dass wir alle für das Gelingen der Energiewende Mitverantwortung tragen.

Einen Audiomitschnitt des Vortrags von Stephan Kohler kann man sich online auf der Natur- und Umweltschutz-homepage der Naturfreunde anhören: <http://umwelt.naturfreunde.at/Berichte/detail/33267>.

Die für den Vortrag verwendete PowerPoint-Präsentation steht dort ebenfalls zum Downloaden bereit.

Auf den folgenden Seiten sind die Inhalte einiger wesentlicher Vortragsfolien nachzulesen.

DIE ENERGIEPOLITISCHEN ZIELE DER DEUTSCHEN BUNDESREGIERUNG

Mit ihrem Energiekonzept formuliert die Bundesregierung Leitlinien für eine bis 2050 reichende Gesamtstrategie, die den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien beschreibt.

Die zentralen Zielsetzungen und Maßnahmen

- Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 %, bis 2050 um 80 % (gegenüber 1990)
- Senkung des Primärenergieverbrauchs um 20 % bis 2020 und um 50 % bis 2050 (gegenüber 2008) sowie Ausschöpfung der Effizienzpotenziale in privaten Haushalten und im öffentlichen Bereich
- Steigerung der Energieproduktivität um durchschnittlich 2,1 %
- Reduktion des Wärmebedarfs in Gebäuden um 20 % bis 2020 und um 80 % bis 2050 (gegenüber 2008)
- Verdopplung der energetischen Sanierungsrate auf 2 % zur Erreichung eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050
- Reduktion des Stromverbrauchs um 10 % bis 2020 und um 25 % bis 2050 (gegenüber 2008)
- Elektrofahrzeuge in Deutschland: 1 Million bis 2020, 5 Millionen bis 2030
- Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch auf 18 % bis 2020 und auf 60 % bis 2050
- Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch: mindestens 35 % bis 2020 und 80 % bis 2050
- Ausbau der Offshore-Windnutzung auf 10 GW bis 2020 und auf 25 GW bis 2030 sowie beschleunigter Ausbau der Netzinfrastruktur (Nord-Süd-Trassen)
- Gesetzgebung 2011: Beschleunigung des Ausbaus der Stromnetzinfrastruktur
- Gesetzgebung 2011: Ausstieg aus der Kernenergienutzung in Deutschland bis 2022

ENERGIEEFFIZIENZ – DER SCHLÜSSEL FÜR EINE SICHERE UND NACHHALTIGE ENERGIEVERSORGUNG

Rationelle Energienutzung (Nachfrageseite)
 Effiziente Wandlung von Primärenergie in Endenergie (Angebotsseite)

1. Klimaschutz: Erreichung der nationalen und europäischen Klimaschutzziele 2020 und der G8-Ziele bis 2050
2. Kostenreduktion: Ausgleich zu schwankenden Energiekosten
3. Versorgungssicherheit: Reduktion der Energieimporte, Senkung der Risiken der Energieversorgung
4. Zukunftsmarkt: Vorteile für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, Chancen für Spitzentechnologie
5. Ein hoher Anteil an regenerativer Energieversorgung ist nur mit der Realisierung der Effizienzpotenziale möglich.

ZIELE DES ENERGIEKONZEPTEDES DER DEUTSCHEN BUNDESREGIERUNG FÜR DEN GEBÄUDEBEREICH

1. Gebäudebestand soll 2050 nahezu klimaneutral sein.
2. Wärmebedarf des Gebäudebestandes soll bis 2020 um 20 % und Primärenergiebedarf bis 2050 um 80 % reduziert werden.
3. Gebäudesanierungsrate soll von 1 % auf 2 % verdoppelt werden.
4. Anteil der erneuerbaren Energie am Wärmebedarf soll deutlich erhöht werden.

HERAUSFORDERUNG SYSTEMOPTIMIERUNG



NETZENTWICKLUNGSPLAN STROM 2012 (NEP 2012)

- NEP 2012 enthält Maßnahmen im Höchstspannungsnetz, die bis 2022 für eine sichere und zuverlässige Energieversorgung notwendig sind.
- Optimierung in bestehenden Trassen: 2900 km
- Netzausbau in neuen Trassen: 2800 km
- NEP 2012 dient als Grundlage für den Bundesbedarfsplan (Beschluss als Gesetz noch 2013 durch den Bundestag geplant).
- Abgeschätzter Investitionsbedarf:
 - ~ 20 Mrd. € bis 2022
 - ~ 27 Mrd. € bis 2032

ENERGIEEFFIZIENZ MUSS GRUNDLAGE DER ENERGIEWENDE WERDEN.

- Effizienz auf allen Wertschöpfungsstufen
- Effizienter Zubau von REG-Technologien, hierzu Harmonisierung der Ausbauplanungen der Bundesländer notwendig
- Synchronisierung des weiteren REG-Ausbaus mit dem Ausbau der Infrastrukturen und von Energiespeichern
- Grundlegende Reform der Förderung erneuerbarer Energien
- Energieeffiziente Gebäudesanierungen
- Erneuerung des fossilen Kraftwerksparks
- Abstimmung der Energiewende mit den europäischen Nachbarn
- **Wir alle tragen Mitverantwortung für das Gelingen der Energiewende.**

Stephan Kohler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena)



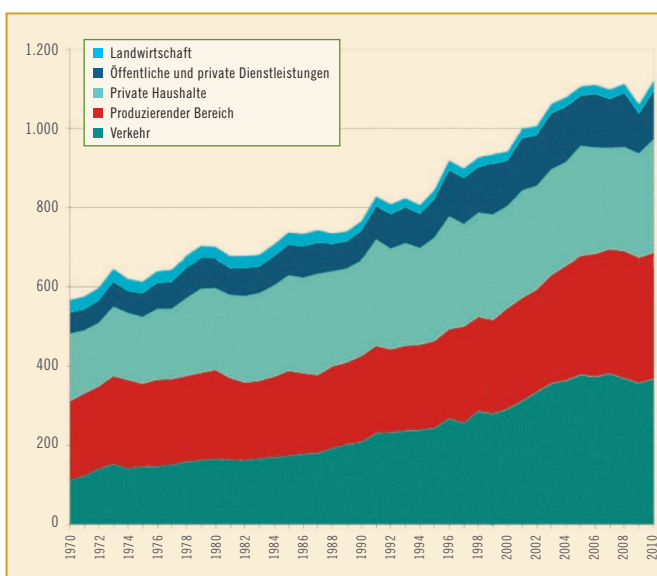
Nachhaltige Energiewende in Österreich. Was muss getan werden?



Obwohl es in Österreichs Energiepolitik kaum überregionale planerische Ansätze und keine langfristigen Ziele im Bereich Energieeffizienz gibt, zeichnet Michael Proschek-Hauptmann einige Lösungsansätze in Richtung nachhaltige Energiewende. Schlüsselfaktor: eine ökosoziale Steuerreform.

Österreichs Energiesystem kennzeichnet sich insbesondere durch einen kontinuierlichen Anstieg des Endenergieverbrauchs in den letzten Jahren aus. Der Erdölverbrauch blieb einigermaßen stabil, während der Verbrauch von Erdgas und insbesondere auch der von erneuerbaren Energieträgern massiv anstieg.

Grafik 1: Energetischer Endverbrauch der Sektoren in Österreich in Petajoule



Quelle: Umweltbundesamt, 2013

Bei einer Aufteilung des Verbrauchs nach Sektoren (siehe Grafik 1), sieht man, wo in Österreich – wie in vielen anderen Ländern auch – ein Großteil der Energie eingesetzt wird, nämlich im Verkehrsbe- reich: In diesem Bereich hat sich der energetische Endverbrauch von 1970 bis in die jetzige Zeit mehr als verdoppelt. Aber es hat in allen Sektoren Endverbrauchsanstiege gegeben.

Energiewende für Österreich bedeutet jedenfalls, einerseits die Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen, durch rechtzeitiges Handeln volkswirtschaftlichen Schaden abzuwenden bzw. durch Innovationen und Investitionen eine entsprechende Wertschöpfung zu sichern. Energiewende bedeutet aber auch, ganzheitliche Antworten zu liefern und zu versuchen, mit den „richtigen“ Maßnahmen mehrere gleichrangige politische Ziele zu erreichen. Richtige Antworten in diesem Sinn sind jedenfalls Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Zum Klimaschutz: Mittlerweile zweifelt die Klimaforschung bereits, ob das 2-Grad-Ziel nicht bereits unbeherrschbare Effekte mit sich brächte. Möglicherweise bräuchte es eigentlich ein 1,5-Grad-Ziel, um die Klimaprobleme auf globaler Ebene in den Griff zu bekommen. Das dramatisiert natürlich die Situation.

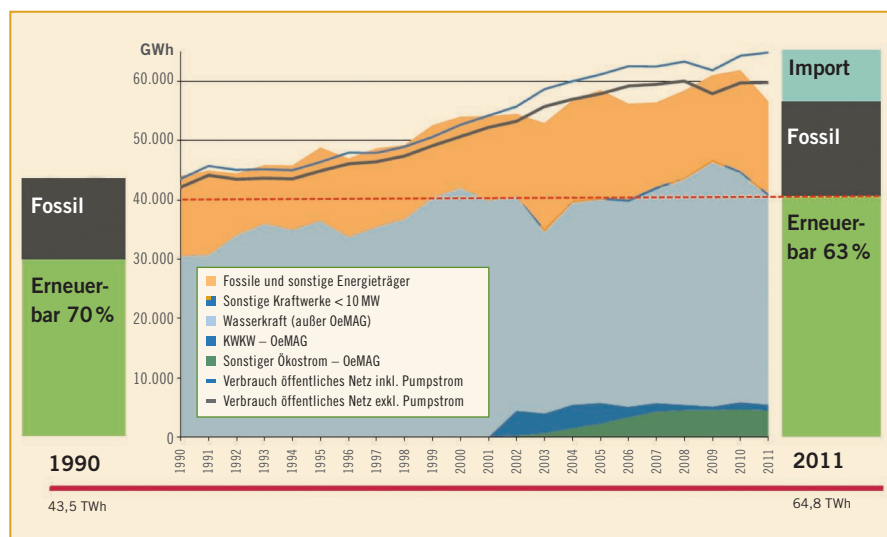
Von diversen renommierten Ökonomen haben wir vorgerechnet bekommen, dass Klimaschutzmaßnahmen auch gut für die Wirtschaft sind. Nichts für den Klimaschutz zu tun wäre fahrlässig. Man muss sich auch vor Augen führen, dass derzeit ca. jeder zehnte europäische Euro aufgrund von notwendigen Energieimporten ins Ausland abfließt – ein massiver volkswirtschaftlicher Verlust.

Ein wichtiger Punkt sind auch die „ganzheitlichen Antworten“. Es gibt mehrere gleichrangige politische Ziele. Wir leben nicht nur, um Energie zu verbrauchen. Wir brauchen für unser Leben auch Ernährungsgrundlagen, wir brauchen Ökosysteme, um uns zu erholen, wir brauchen Erholungsleistungen – alles Aspekte, die

wesentlich sind. Auch wenn man angesichts des riesigen globalen Ausmaßes der Klima- und Energieproblematik leicht dazu tendiert, diese Ziele immer etwas in den Hintergrund zu stellen: Es sind gleichrangige politische Ziele, und die richtigen Antworten sind bereits von Gunda Kirchner und Stephan Kohler gegeben worden. Sie liegen im Bereich von Energieeffizienz und Energieeinsparung und dezidiert nicht im reinen und unverantwortlichen Ausbau erneuerbarer Energieträger.

STROM AUS ERNEUERBAREN ENERGIETRÄGERN

Grafik 2: Strom aus Erneuerbaren



Quelle: Energie-Control Austria, 2012

Die Grafik 2 zeigt die Stromerzeugung und den -verbrauch im Jahr 1990 im Vergleich zum Jahr 2011. 2011 war ein schwaches Wasserkraftjahr. Dennoch hätte der Strom, der 2011 in Österreich mithilfe erneuerbarer Energieträger produziert wurde, im Jahr 1990 gereicht, 100 % des Stromverbrauchs abzudecken! Auf diesen Aspekt weisen wir in Diskussionen über den Ausbau von Kraftwerkspark immer wieder hin. Denn wir können im Bereich der Erneuerbaren immer weiter ausbauen – doch wenn wir den Verbrauchszuwachs nicht in den Griff bekommen, wird sich an der ganzen Situation nichts ändern. Verstärkt wird die Situation noch dadurch, dass sich im Rahmen der Energiewende eine Reihe von Energiedienstleistungen in den Bereich der elektrischen Energie verlagern werden, wie beispielsweise die Mobilität. Es wird daher zu einem zusätzlichen Druck im Bereich des Ausbaus elektrischer Energie kommen.

PROBLEMFELD NATURVERTRÄGLICHKEIT

Gibt es in puncto Naturverträglichkeit eine Gleichrangigkeit der politischen Strategien? Die politische Leitstrategie der EU ist die EU-2020-Strategie. Diese Strategie ist zwar eine Wachstumsstrategie, hat aber auch Nachhaltigkeitsaspekte integriert; die EU-Biodiversitätsstrategie ist beispielsweise ein integraler Bestandteil der EU-2020-Strategie und beinhaltet u. a. die Ressourcen-Effizienz-Roadmap. Das sind alles Aspekte, die einen akkordierten politischen Rahmen mit gleichwertigen Zielsetzungen darstellen.

In Sachen Atomausstieg haben wir heute bereits die deutsche Zielsetzung gehört. So viel zur Gleichrangigkeit der politischen Zielsetzungen.

Wesentlich drastischer und klarer, allerdings bereits durchjudiziert, ist der Bereich der Gleichrangigkeit der Rechtsgrundlagen. Erneuerbare-Energien-Richtlinie, die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, die Vogelschutz-Richtlinie und die Wasserrahmen-Richtlinie stehen unisonrechtlich auf demselben Level.

Die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ist die Grundlage für das Natura-2000-Netzwerk und hat gemeinsam mit der Vogelschutz-Richtlinie die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen als Ziel. Die Ziele der Wasserrahmen-Richtlinie sind der Schutz der Gewässer, die Vermeidung einer Verschlechterung sowie der Schutz und die Verbesserung des Zustands der direkt von den Gewässern abhängenden Landökosysteme und Feuchtgebiete im Hinblick auf deren Wasserhaushalt. Die genannten

EU-Richtlinien haben rechtlich bindende Zielsetzungen, die einzuhalten sind.

Österreich kann sich nicht aussuchen, ob die eine oder die andere Rechtsvorschrift erfüllt wird. Würden auf europäischer Ebene die Rechtsgrundlagen abgeändert, wäre eine Schwerpunktsetzung möglich. Aber zum jetzigen Zeitpunkt ist es ganz klar: Es gibt eine Gleichwertigkeit dieser Naturschutzzielsetzungen mit den Zielsetzungen im Bereich erneuerbarer Energien.

Ein Beispiel: Es gibt eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in Sachen Windkraftanlagen in Natura-2000-Gebieten (Urteil des EuGH vom 21. Juli 2011 in der Rechtssache C 2/10: Verbot der Errichtung von nicht zur Eigennutzung bestimmten Windenergieanlagen in einem Natura-2000-Gebiet). Im Nationalpark Alta Murgia, einem Natura-2000-Gebiet in Apulien, hätten Windkraftanlagen errichtet werden sollen. Die Entscheidung für die Errichtung wurde vom Europäischen Gerichtshof abgelehnt, und zwar mit der Begründung, dass die wenigen Windkraftanlagen, die in dem Natura-2000-Gebiet errichtet würden, nicht geeignet sind, ein überwiegendes öffentliches Interesse zu statuieren. Die Ausbeute an erneuerbaren Energien im Verhältnis zur Gesamtenergieerzeugung wäre so gering ist, dass das Natura-2000-Schutzziel definitiv überwiegt.

AUSBAU – AUSBAU – AUSBAU

Wie lautet die österreichische Antwort auf die Frage der Energiewende? Provokant formuliert: 1. Ausbau, 2. Ausbau, 3. Ausbau! Das ist derzeit die Prämisse – im Energieeffizienzgesetz sowie in der Energiediskussion, die öffentlich geführt wird. Sie beherrscht das Thema erneuerbare Energien mit allen positiven und negativen Nebeneffekten, die damit verbunden sind. Ein negativer Nebeneffekt ist immer wieder, dass zum Beispiel Verfahrensvereinfachungen und Verfahrensbeschleunigungen im UVP-Recht und in den Naturschutzgesetzen gefordert werden, dass hier neue Regelungen geschaffen werden sollen, um eben diesen Ausbau gegenüber den Schutzinteressen zu bevorzugen.

Unterrepräsentiert in Österreich ist jedenfalls das Miteinbeziehen der lokalen Bevölkerung, der Bürgerinitiativen, der Umweltorganisationen. Entsprechend den internationalen Normen soll diesen auch das Recht der Mitsprache und insbesondere der gerichtlichen Überprüfung behördlicher Entscheidungen zugesprochen werden.

Das Ausbauparadigma lässt sich auch vor dem Hintergrund sich sehr rasch ändernder Rahmenbedingungen hinterfragen. Planungen im Bereich von Pumpspeicherkraftwerken werden derzeit hintangestellt. Kraftwerksvorhaben, die noch vor zwei Jahren rentabel und interessant waren, werden nun zurückgestellt, weil die wirtschaftliche Darstellbarkeit nicht mehr gegeben ist. So verlieren Pumpspeichervorhaben derzeit ihre Relevanz aufgrund des Wegfalls der Spitzenstromvermarktung um die Mittagszeit. Durch die Photovoltaikspeisungen gibt es derzeit keinen Mangel zur Mittagszeit, sondern eher einen Überschuss. Vor diesem Hintergrund ist auch die Fokussierung auf zentrale Pumpspeicherlösungen, wie sie nach wie vor propagiert wird, zu hinterfragen.

Zum Problem Naturverträglichkeit: Um das Thema wirklich ordentlich aufzubereiten, fehlen solide Daten. Es kursieren meist nur Potenzialschätzungen des technischen Potenzials, die im Wesentlichen immer von den Lobbys gemacht werden. Der Verband Österreichs Energie, also die Interessenvertretung der österreichischen E-Wirtschaft, diagnostiziert zum Beispiel für die gesamten Erneuerbaren ein Ausbaupotenzial von 14 TWh, davon allein für den Wasserkraftbereich 7 TWh. Doch es wird überhaupt nicht reflektiert, wo diese Anlagen eigentlich hinkommen sollen, ob sie mit bestehenden Interessen interferieren, wie die Interessenlagen sind oder ob es auch Ansprüche etwa in den Bereichen Regionalentwicklung, Tourismus oder eben Naturschutz gibt.

Lösung für viele Probleme wären überregionale planerische Ansätze, die in Österreich leider kaum und wenn, dann meist nur in unzureichender Qualität Anwendung finden. Der Masterplan Oberösterreich beispielsweise ist nicht unbedingt ein Glanzstück einer überregionalen Planung. Lediglich im Burgenland hat man in der ersten Ausbauphase einen Modus gezeigt, wie eine Windkraftausbauplanung naturverträglich und auch im Einklang mit der Bevölkerung und den Umweltorganisationen passieren kann. Dennoch gibt es österreichweit und bundesländerweit kaum schlüssige überregionale strategische Zugänge.

PROBLEMFELD ÖKOSTROMFÖRDERUNG – GOLDGRÄBERSTIMMUNG

Ich habe mir erlaubt, den Titel für diesen Abschnitt provokant zu formulieren. Denn wir sind aufgrund fehlender strategischer Planungen damit konfrontiert, dass derzeit jeder, der etwas Geld auf der Seite hat und sich dazu berufen fühlt, als großer Energiewirt in die Geschichte einzugehen, seine eigenen Kraftwerke planen darf – an den kleinsten Bächen und Flüssen, also Kraftwerke zum Teil selbst dort, wo überhaupt kein Wasser fließt und die Wirtschaftlichkeit nur durch die Förderung und eine mehr als wohlwollende Berechnung gerade noch darstellbar ist. Und dafür kassiert er – gerade im Bereich Kleinwasserkraftwerk – eine Investitionsförderung von bis zu 30 %.

Der Umweltdachverband erhebt regelmäßig die Planungen im Bereich der Wasserkraft. Im Jahr 2012 fanden in Österreich bereits 45 % aller Planungen in sensiblen Fließstrecken statt, für 2013 erwarten wir eine deutliche Verschiebung zu Lasten der sensiblen Gebiete! Dies zeigt deutlich, dass die Grenzen des sinnvollen Ausbaus bereits erreicht, wenn nicht überschritten sind.

Zum Windkraftbereich: Auch hier ist es augenscheinlich, dass die ökonomische Effizienz der Förderung nicht mehr gegeben ist. Wie kann es sein, dass man Förderungen vergibt und Einspeisetarife zahlt, dass die Förderempfänger gleichzeitig bis zu 35.000 Euro pro Jahr (an Optimalstandorten) Abschlagszahlungen an die Standortgemeinde leisten können, für die das natürlich eine tolle Einnahmequelle ist. Wenn ein Bürgermeister in seinem Gemeindegebiet einen Windpark mit zehn Windrädern hat, könnte er mit dieser Summe jedes Jahr das Gemeindeamt renovieren. Gleichzeitig schaut der Bürgermeister der Nachbargemeinde durch die Finger. Der damit einhergehende Wildwuchs, wie er zum Teil derzeit in Niederösterreich zu beobachten ist, ist klar ein Resultat einer fehlenden überregionalen Planung in Kombination mit einer Überförderung.

SORGENKIND VERKEHR

Im Bereich Verkehr haben wir in Österreich seit 1994 eine Zunahme des Endenergieverbrauchs um 50 % und den größten Zuwachs bei den CO₂-Emissionen. Der Verkehrsbereich ist der größte Sektor, der in Österreich für den CO₂-Ausstoß verantwortlich ist. 91 % der Energie für Mobilität wird aus Erdölprodukten bereitgestellt. Das zeigt im Prinzip die Tragweite des Dilemmas. Hier müsste etwas passieren. Aber es passiert nichts. Ganz im Gegenteil: Wir haben nach wie vor eine steigende Transitbelastung, wir haben keine Verlagerung auf die Schiene, sondern eine Verlagerung des Gütertransports von der Schiene zum LKW, wir haben einen zu zögerlichen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der multimodalen Plattformen. Gerade im Verkehrsbereich gäbe es sehr sehr große Potenziale in puncto Energieeffizienz, die zu zögerlich angegangen werden.

Nun zu meinem Lieblingsthema: umweltschädliche Subventionen im Verkehrsbereich.

- Kerosinsteuerbefreiung: 290 Mio. Euro
- Umsatzsteuerbefreiung für Auslandsflüge: 300 Mio. Euro
- Steuerbegünstigung für Diesel: 550 Mio. Euro
- Steuerliche Begünstigung für Dienstwagen: 1,6 Mrd. Euro
- PendlerInnenpauschale: 430 Mio. Euro
- Amtliches Kilometergeld: 130 Mio. Euro
- Grundsteuerbefreiung Verkehrsflächen: 150 Mio. Euro

Alleine im Verkehrsbereich fallen – ich habe nicht alle Posten angeführt – rund 3,5 Mrd. Euro pro Jahr an umweltschädlichen Subventionen an! Eine schöne Summe, die man zum Beispiel in Innovationen, Forschung und Bildung zum Thema Energiewende investieren könnte.

Klar ist: In Österreich ist das Auto nach wie vor eine „heilige Kuh“. Milliarden Euro werden für Autobahnprojekte ausgegeben. Im Energieeffizienzgesetz spart man den Verkehrssektor komplett aus, um nicht die Autofahrer gegen sich aufzuscheuchen. Der Weg zu einer nachhaltigen Mobilität ist also noch weit und birgt große Herausforderungen.

DIE ÖSTERREICHISCHEN ANTWORTEN

DIE ÖSTERREICHISCHE ENERGIESTRATEGIE

Der Entwicklungsprozess der österreichischen Energiestrategie war sicher ein Good-Practice-Beispiel eines partizipativen Stakeholder-Prozesses. Die Ergebnisse eines solchen Prozesses sind naturgemäß Kompromisse. Aber es ist zumindest das Bekenntnis zur Stabilisierung des Endenergieverbrauchs bis zum Jahr 2020 herausgekommen. Negativ ist, dass man nicht über das Jahr 2020 hinausgedacht und keine Zielsetzungen für 2050 formuliert hat. Gleichzeitig fehlt der Strategie die breite politische Unterstützung.

ENERGIEEFFIZIENZ

Der Entwurf für ein Energieeffizienzgesetz ist grundsätzlich ein positiver Ansatz. In Österreich hat man mit der Diskussion über ein Energieeffizienzgesetz zwar früher als in der EU begonnen, doch nun wurde man von der EU-Energieeffizienz-Richtlinie überholt. Vielleicht wird das Energieeffizienzgesetz noch vor dem Sommer 2013 im Parlament angenommen, ich bin mir allerdings nicht sicher, wie realistisch das ist.

Auch im Energieeffizienzgesetz sind leider keine langfristigen Ziele festgeschrieben. Im Gesetz werden Energiemanagementsysteme verlangt, aber keine konkreten Verpflichtungen für Maßnahmen genannt. Was bedeutet das für die Unternehmen? Im Gesetz sind Maßnahmen für Energielieferanten entsprechend der Energieeffizienz-Richtlinie vorgesehen. Das ist sicher ein begrüßenswerter Ansatz, allerdings sieht unser Gesetz nur Selbstverpflichtungen vor: Gewisse Branchen können sich Selbstverpflichtungen auferlegen. Also das ist ein „Hintertür!“, das aus meiner Sicht nicht zweckdienlich ist. Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie sieht eine Einsparungsverpflichtung, eine Sanierungsverpflichtung für Gebäude der Zentralregierung vor. In Österreich sind die Bun-

desländer von dieser Bestimmung nicht betroffen, und zum jetzigen Zeitpunkt ist davon auch die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) nicht betroffen! Das heißt, dass nur Gebäude von Ministerien zu sanieren sind. Das ist nicht unbedingt das, was unter Vorbildwirkung verstanden werden kann.

Ein wirklich problematischer Punkt des Gesetzesentwurfs ist allerdings, dass eine Förderung fossiler „effizienter“ Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen erfolgen soll. Damit wird mit den Beiträgen der Stromkundinnen und -kunden im Endeffekt genau das Gegenteil von dem gefördert, was man eigentlich haben will.

TRAUERSPIEL ÖKOZOSIALE STEUERREFORM

Schon seit 20 Jahren weiß man, wie es geht. Es gibt weltweit Beispiele, wie eine ökosoziale Steuerreform umzusetzen ist. Genügend Leute haben sich bereits darüber ausführlich den Kopf zerbrochen und sehr intelligente Lösungen gefunden. In Österreich gibt es eine grundsätzliche Zustimmung von allen Seiten. Aber realpolitisch ist sie nicht umsetzbar, weil in der politischen Diskussion die Partikularinteressen die sachlichen Argumente überlagern. Ich hoffe auf die nächste Regierungsperiode. Der Umweltdachverband wird dann wieder einen Anlauf unternehmen.

Zu den Eckpunkten einer ökosozialen Steuerreform: In erster Linie geht es um die Entlastung des Faktors Arbeit. Derzeit wird in Österreich das am meisten besteuert, was wir eigentlich wollen, und das am wenigsten besteuert, was wir nicht wollen: Am meisten wird Arbeit besteuert, am wenigsten der Ressourcen- und Energieverbrauch. Das ist ein absurdes System, das man schrittweise umdrehen und mit flankierenden Maßnahmen zur Vermeidung von sozialen Härten versehen müsste.

Im Rahmen einer ökosozialen Steuerreform würden langfristig rentable Investitionen im Bereich öffentlicher Verkehr und im Bereich thermisches Sanieren getätigt werden. Das würde ohne Mehrkosten Arbeitsplätze schaffen.

Neben der Sozialverträglichkeit sind auch die Innovationen ein wesentlicher Eckpfeiler einer ökosozialen Steuerreform. Eine Verteuerung des Ressourceneinsatzes kurbelt in den verschiedenen Wirtschaftssektoren und in der Forschung automatisch Innovationen an. Eine solche Steuerreform würde daher auch hochwertige Arbeitsplätze im Inland schaffen und die Wertschöpfung sichern. Umweltschädliche Subventionen würden natürlich abgeschafft werden.

FAZIT

Um den Anforderungen einer naturverträglichen Energiepolitik Rechnung zu tragen, braucht es eine starke, ambitionierte Zielverankerung, das wäre zum Beispiel minus 50 % Endenergieverbrauch bis 2050. Mir gefällt das deutsche Modell sehr gut, weil es im Sanierungsbereich bis 2050 bereits ein Einsparziel von 80 % vorgibt. Das wäre für Österreich sicher ein Vorbild.

Zur Lösung der Energiefrage brauchen wir ganzheitliche Zugänge. Das sektorale Denken hat ausgedient. Wir müssen die Biodiversitätsstrategie, die Biodiversitätsvorgaben, das Thema Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung genauso mitdenken wie den globalen Klimaschutz.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen bei Entscheidungsfindungen mit einbezogen werden, das ist aus meiner Sicht ein zentraler Erfolgsfaktor.

Wir brauchen einen Fokuswechsel von Ausbau auf Einsparungen. Das wurde bereits heute ausführlich dargelegt. Ausbauprojekte sollen nur dort realisiert werden, wo es naturverträglich möglich ist. Dafür sind überregionale Planungen notwendig. Es reicht nicht, auf Gemeinde- oder Drei-Gemeinde-Ebene irgendetwas zu machen. Wir brauchen landesweite bzw. länderübergreifende Planungen.

Und wir brauchen eine ökosoziale Steuerreform mit der Abschaffung der umweltschädlichen Subventionen sowie ein Umweltinvestitions- und Innovationsprogramm.

Wenn wir in diese Richtung gehen, ist eine naturverträgliche Energiewende möglich.

Mag. Michael Proschek-Hauptmann, Geschäftsführer des Umweltdachverbandes



Steuern wir auf eine soziale Energiepolitik zu?



Die Preissteigerungen im Energiesektor sind eine Folge der Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern. Der Umbau des Energiesystems in der EU auf eine dezentrale Stromversorgung mit erneuerbaren Energieträgern und die massive Steigerung der Energieeffizienz werden à la longue Energie verbilligen. Bis dahin muss Energiearmut durch entsprechende Zuschüsse abgedeckt werden.

Die Energiekosten steigen, und wir haben auch schon in Europa eine steigende Energiearmut. Es gibt Haushalte, die sich das Heizen nicht mehr leisten können. In Österreich sind es etwa 300.000, das ist doch eine gewaltige Zahl. Ist für diese Menschen Energiesparen eine Lösung? Nein, sie können nur sparen, indem sie auf Lebensnotwendiges verzichten. Ich denke, das ist nicht die soziale Energiepolitik, die wir uns wünschen.

Derzeit haben laut UNO weltweit ca. 1,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität. Öl und Gas kommen aus Ländern, in denen die Bevölkerung von diesem Reichtum eigentlich nichts hat. Es ist sogar geplant, Strom aus Nordafrika nach Europa zu exportieren. Das Projekt DESERTEC würde aber nur eine Fortsetzung des Energiekolonialismus bedeuten, wenn wir Energie aus Ländern bekommen, in denen die Bevölkerung höchstwahrscheinlich wenig davon hat.

WARUM WIRD ENERGIE IMMER TEURER?

Da gibt es mehrere Faktoren zu nennen. Erstens werden Öl und Gas knapp. Wir haben zwar eine zunehmende Förderung von Öl und Gas, aber die Rate der Entdeckung neuer Lagerstätten sinkt, man findet immer weniger Lagerstätten, als Öl gefördert wird. Die Experten nennen das Peak Oil (= Ölfördermaximum). 2005 wurden gleich viele Lagerstätten gefunden, wie zusätzlich gefördert wurden. Wir kommen also an die Grenzen der Förderung. Das wir noch Gas oder Öl für mehrere Jahrzehnte haben, bedeutet nicht, dass der Preis für diese Energieträger gleich bleibt. Mit der Verknappung wird auch der Preis steigen.

Es gibt Fachleute, die sagen, wir haben eine neue Lösung: Schiefergas, in Tongesteinen gespeichertes Erdgas, das vor allem in Amerika und jetzt auch in Europa entdeckt wurde. Schiefergas wird als „unkonventionelles“ Erdgas bezeichnet. Wegen des steigenden Ölpreises wird es auch rentabel, unkonventionelle Lager auszuheben. Schiefergas wird hauptsächlich durch hydraulische Rissbildung gewonnen, auf Englisch Hydraulic Fracturing, kurz Fracking genannt. Es werden kilometerlange Sonden in die Erde gebohrt, in die ein Gemisch von Wasser, Sand und Chemikalien eingepresst wird. Das Gestein wird mit Druck gebrochen. Sand und Chemikalien dienen dazu, die Risse offen zu halten und das Gas zu befreien, das im Gestein verteilt ist. Das Problem ist, dass auch sehr gesundheits- und umweltschädliche Stoffe in den Boden gepumpt werden und auch teilweise wieder herauskommen und entsorgt werden müssen. Wir wissen auch nicht, welche Folgen die Brüche im Gestein haben. Es kann durchaus sein, und das ist in Amerika schon passiert, dass das Gas seinen Weg durch die Ritzen nach oben in das Grundwasser sucht, und dann kommt Methan aus der Wasserleitung.

Also das ist, glaube ich, keine Lösung. Vor allem zeigt sich in Amerika schon, dass hier wieder eine neue Blase produziert wird. Denn das Ausbeuten dieser neuen Lagerstätten führt natürlich sofort zu einem Sinken des Gaspreises. Sinkt der Gaspreis, lohnt sich die teure Technik nicht mehr. Die Gefahr einer spekulativen Überinvestition ist hier also sehr, sehr groß. Wir müssen daher darauf achten, dass das in Europa nicht passiert.

Die Verknappung der Energie und ihre Verteuerung sind nicht zu vermeiden; doch eigentlich ist das ein sinnvoller Mechanismus.

Der höhere Preis macht eine Umsteuerung in eine zukunftssichere Erzeugung möglich. Es wird auch die Erzeugung aus erneuerbaren Energien rentabel. Menschen, die durch die Preissteigerungen von Energiearmut betroffen sind, muss natürlich mit Zuschüssen geholfen werden.

Zweitens ist Energieumwandlung der größte Treiber des Treibhauseffektes. Die Verbrennung von Öl, Gas, Kohle oder Methan setzt CO₂ frei, das wesentlich zur Klimaerwärmung beiträgt. Das ist ein sich selbst verstärkender Prozess: Mehr Sonneneinstrahlung führt zu mehr Abschmelzen der Gletscher, zu einer Erwärmung der Meere, etc. Wir sind mittlerweile schon weit von dem sogenannten 2-Grad-Ziel, also einer Begrenzung der Erwärmung der Atmosphäre um nicht mehr als zwei Grad bis zum Ende dieses Jahrhunderts, entfernt. Das 2-Grad-Ziel ist nicht zu erreichen, auch wenn wir jetzt voll auf die Bremse steigen. Aber wir wissen ohnehin alle, dass wir leider nur sehr zaghaft auf die Bremse steigen.

Der EU-Emissionshandel sollte die Energieerzeugung aus den nicht nachwachsenden Rohstoffen verteuern. Dass dem nicht ganz so ist, liegt auch daran, dass der Emissionshandel derzeit ein bisschen falsch aufgesetzt ist; darauf werde ich jetzt aber nicht eingehen. Durch Umweltmaßnahmen und durch einen solchen Emissionshandel wird Energie jedenfalls verteuert. Drittens gibt es auch andere Folgen des Klimawandels, die auf uns zukommen werden. In den südlichen Ländern gibt es Ernteauffälle, trockene Böden und Dürren und daraus resultierend große Armut. Wir haben aber auch in Europa extremes Wetter, Waldbrände, Überschwemmungen. Auch Europa ist also vor den Auswirkungen des Klimawandels nicht gefeit.

Die Klimaschäden und die durch die globale Erwärmung bedingten Katastrophen sind eine indirekte Folge der konventionellen Energieerzeugung und machen unser Leben teurer. Die Umweltauflagen und der Emissionshandel sind ein Versuch, das Verheizen von klimaschädlichem Öl und Gas zu verteuern und damit eine CO₂-neutrale Energieproduktion zu stimulieren. Das gelingt nur zum Teil, weil im Rahmen des Emissionshandels zu viele kostenlose Zertifikate vergeben wurden. Er ist aber trotzdem sinnvoll, weil man damit Mittel für die Umsteuerung schafft, die in eine umweltfreundlichere und umweltgünstigere Produktion münden sollen. Sonne und Wind sind kostenlose Rohstoffe. Wenn wir dorthin umsteuern, würden wir uns Kosten ersparen. Die kurzfristige Verteuerung soll also langfristig in eine Verbilligung münden.

Für jemanden, der sich heute Energie nicht leisten kann, ist das natürlich keine Hilfe.

FOLGEKOSTEN VON ERNEUERBAREN ENERGIETRÄGERN

Es gibt sogenannte Rebound-Effekte. Damit sind Effekte gemeint, die entstehen, wenn Maßnahmen ungewollte Auswirkungen haben. Das ist zum Beispiel beim Biosprit passiert. Die Erzeugung von Biosprit führte auf der ganzen Welt zu einer Verknappung von Futtermais, die Fleischpreise stiegen dadurch ebenfalls. Aber es geschah auch Folgendes: Die Menschen, die sich bisher von Mais ernährten, stiegen auf Reis und Weizen um, weil ihnen der

Mais zu teuer war. Aber damit stiegen auch die Preise von Reis und Weizen. Es kam also wegen dieser Biospritgeschichte zu einer ganz allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel auf der ganzen Welt. Mit Biosprit verheizen wir das Essen von vielen vielen Menschen.

Es gibt aber auch andere Folgekosten von erneuerbaren Energieträgern. Die Förderung von erneuerbaren Energieträgern führt dazu, dass die damit gewonnene Energie sehr billig vermarktet werden kann, man erzielt sogar Negativpreise; das heißt, jemand bekommt Geld, wenn er in Zeiten, in denen wir zu viel Energieangebot haben, Energie abnimmt. Je mehr Erneuerbare auf dem Markt sind, desto billiger wird der Strompreis. Nur, der Strompreis ist die Grundlage dafür, dass ein konventionelles Kraftwerk seine Kalkulation machen kann, um zu sagen, okay, es lohnt sich, ein Kraftwerk zu bauen oder nicht zu bauen. Dass wir konventionelle Kraftwerke weiterhin brauchen, liegt daran, dass die Erneuerbaren nicht immer zur Verfügung stehen. Der Wind ist einmal da und einmal nicht da. Die Sonne scheint nicht immer. Wir leben auch nicht im Sonnenrhythmus, wir haben einen ganz anderen Rhythmus. Wenn eine Wolke vorbeizieht, werden plötzlich mehrere Gigawattstunden Strom nicht erzeugt. Wir wollen aber in dieser Zeit nicht unseren Ofen oder unsere Waschmaschine abschalten. Wir brauchen daher konventionelle Kraftwerke, solange wir keine besseren Speicherlösungen für Strom haben.

Diese konventionellen Kraftwerke – Herr Kohler hat in seinem Vortrag erzählt, dass in Deutschland ein modernes Gaskraftwerk gerade geschlossen wird – sind nur mehr 100 bis 150 Stunden im Einsatz. Damit kann man ein teures Kraftwerk einfach nicht finanzieren. Es wird daher jetzt darüber nachgedacht, wie man einen Markt aufbaut, damit diese Kraftwerke trotzdem bleiben und dafür bezahlt werden, dass sie einfach da sind und diese 100 oder 150 Stunden Strom produzieren. Ich sage, das ist absolut unsinnig, weil ich damit Subventionen mit Subventionen bekämpfe und Mittel verschwende. Um das zu vermeiden, muss man sich überlegen, wie der Strommarkt besser gestaltet werden kann. Das ist ein Punkt, den wir sofort ändern könnten. Da brauchen wir nicht sehr viele Investitionen zu tätigen, sondern wir müssen nur die Marktregeln anders gestalten und schon würden wir das verändern.

2012 wurden in Deutschland an Photovoltaik-, Wind- und Biogasbetreiber Einspeisevergütungen in der Höhe von 20 Milliarden Euro gezahlt. Das Abschalten der Kraftwerke, deren Strom nicht gebraucht wird, kostet inzwischen schon zwei Milliarden; und die Netzbetreiber wissen, dass sie in ungefähr zehn Jahren auch 20 Milliarden dafür bezahlen werden, um Kraftwerke nicht laufen zu lassen und diese dafür zu entschädigen, dass sie nicht laufen. Also 20 Milliarden Förderung plus 20 Milliarden solcher Kosten sind schon eine gewaltige Summe, über die man nachdenken muss.

DIE ENERGIEWENDE WIRD ENERGIE VERBILLIGEN

Die Energiewende wird Energie verbilligen. Das ist, glaube ich, unbestritten. Die Energieumwandlung mit nachhaltigen Elementen wird die Energiekosten langfristig senken, weil wir weniger Rohstoffkosten bei ungefähr gleichem Investitionseinsatz haben.

Windkraftwerke und Solarkraftwerke erfordern Investitionen, konventionelle Kraftwerke auch. Die Investitionen sind ungefähr gleich groß, aber wir haben dann letztendlich weniger Rohstoffkosten. Die Energiewende erfordert allerdings eine Umgestaltung des Energiemarktes.

Herr Kohler hat vorhin einen sehr schönen Satz gesagt: Wir wollen die Energieproduktion wieder ins Land zurückholen. Wir wenden heutzutage sehr viel Geld dafür auf, um Förderstätten und Pipelines irgendwo anders zu finanzieren. Europa ist zu 70 % von importierten fossilen Energieträgern abhängig. Diese Devisen wandern ab und erzeugen möglicherweise woanders Reichtum, aber vielleicht auch Armut oder Umweltschäden, aber auf jeden Fall: Wir bezahlen sie.

Die Energiewende und die damit verbundene Steigerung der Energieeffizienz sind ja immer mit Investitionen verbunden. Die Energiewende verbilligt zwar die Energiekosten, aber sie ist auch mit Investitionen verbunden und schafft in Europa sofort Arbeitsplätze, wenn ich die Wende jetzt starte. Anstelle von Devisenabflüssen in die Öl- und Gasförderländer und in teure Pipelines kann ich in Wärmedämmung, Erzeugungsanlagen für die Erneuerbaren und Smart Grids investieren. Das sind alles Maßnahmen, die dazu führen, dass wir in Europa eine Menge von qualifizierten Arbeitsplätzen schaffen.

INTELLIGENTE STROMNETZE – SMART GRIDS

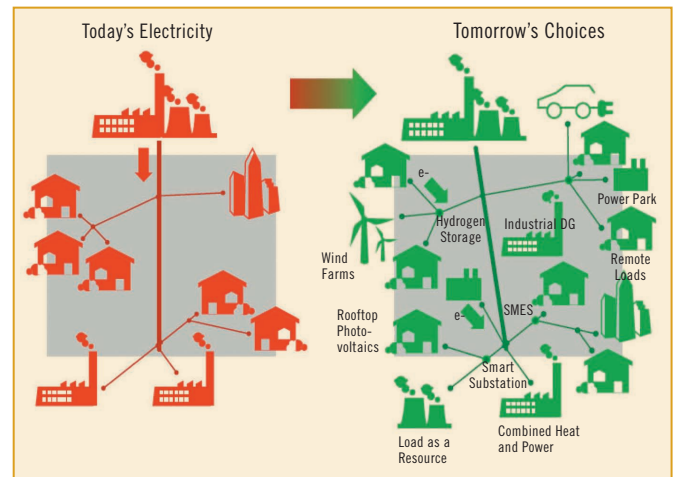
Heute haben wir große zentrale Einheiten und Speicher, die sozusagen wenig Intelligenz brauchen, um über die Leitungen Strom einfach hin- und herzuschieben. Im Rahmen der Energiewende wollen wir dazu kommen, Energie optimal zu verwenden. Der Begriff Demand-Side-Management wurde bereits heute erwähnt. Wie kann der einzelne Verbraucher in das Energiesystem eingebunden werden? Ein Elektroauto beispielsweise braucht zwei oder vier Stunden, um aufgeladen zu werden. Aber es steht auch viele, viele Stunden einfach nur herum. Theoretisch kann man in dieser Zeit die Batterie wie einen Speicher nutzen, zum Ausgleichen der Schwankungen im Stromnetz – hineinladen oder herausladen, und natürlich kann dadurch auch der Benutzer entlastet werden.

Ein anderes Beispiel: Großindustriebetriebe sind zwar auf Prozesswärme angewiesen, aber diese Prozesswärme kann theoretisch auch gespeichert werden. Es ist also nicht nötig, dass ein Aluminiumwerk ständig so und so viel Megawatt Strom bekommt, sondern man kann auch theoretisch sagen, okay, in billigen Zeiten holen wir uns den Strom aus dem Netz, speichern die Wärme in einem Wärmespeicher, und dann, wenn der Strom teuer ist, produzieren wir trotzdem weiter. Das wäre eine effiziente Energieanwendung.

Dazu brauchen wir aber auch ein intelligentes Energienetz, das es ermöglicht, dass alle diese Elemente zusammenkommen. Dass beispielsweise meine Hausherme, die theoretisch mit Wasserstoff betrieben werden könnte, teilweise zu- und wieder abgeschaltet wird, dass die Waschmaschine zu bestimmten Zeiten aus- und eingeschaltet wird. Dafür braucht man ein intelligentes

Netz, Smart Grid genannt, in dem einerseits die Energie effizienter erzeugt und optimal genutzt wird, und in dem auf der anderen Seite natürlich auch die Preise sinken und auch weniger Energie verbraucht wird.

Der Wandel zu einem intelligenten Energienetz



Quelle: IEEE, <http://powerelectronics.com/site-files/powerelectronics.com/files/archive/powerelectronics.com/images/feat2-1009-smartgrid-sys-fig01.jpg>

Im Zuge der Entwicklung und des Ausbaus von Smart Grids werden sehr viele neue Qualitätsarbeitsplätze auf lokaler Ebene entstehen, denn es müssen ja beispielsweise neue Geräte, Zähler und Verteilnetze hergestellt werden. Das damit geschaffene intelligente Industriesystem wird hier entstehen und nicht woanders, und deswegen gefällt mir die Aussage, die Energieproduktion ins Land zurückzuholen, sehr gut. Ich denke, dass das die sozialste Form der Bekämpfung der Energiearmut und die sozialste Form der zukünftigen Energiepolitik ist. Die Preissteigerungen im Energiesektor sind ja eine direkte Folge der Energieerzeugung aus fossilen Energiestoffen – durch Verknappung sowie Umwelt- und Klimakosten. Die Energiearmut, die dabei entsteht, muss natürlich durch entsprechende Zuschüsse abgefedert werden. Denn die Maßnahmen für eine Energiewende, die ich erwähnt habe, erfordern sehr viele Investitionen. Menschen, die kein Geld haben, können sich keine Investitionen leisten. Wir müssen daher ein System schaffen, in dem die nötigen Investitionen bereitgestellt werden, um einerseits die negativen Folgen der derzeitigen Energieumwandlung zu vermeiden und andererseits die Energiekosten mittelfristig zu verbilligen und damit auch sofort neue und zukunftssichere Arbeitsplätze auf europäischer und auf lokaler Ebene zu schaffen. Das wäre die Zielsetzung, wie wir in Europa die Energiepolitik sozialer machen können.

Mag. Manfred Pils, Präsident der Naturfreunde Internationale



Europas Weg zu einer effizienten und klimaschonenden Energiepolitik



Eine verbindliche EU-Energie- und Klimastrategie gibt es bisher nur bis zum Jahr 2020. Verbindliche Ziele bis 2030 sollen bis Ende dieses Jahres vorliegen. Diese müssten allerdings so ambitioniert ausfallen, dass das notwendige langfristige Ziel einer Emissionsreduktion um 80 bis 95 % bis zum Jahr 2050 auch erreicht werden kann.

Warum mischt sich die EU überhaupt in die Energiepolitik ein? Die politische Antwort ist: Energie ist nichts anderes als eine Ware, und eine der Grundfreiheiten der EU ist der freie Warenverkehr. Deswegen gibt es natürlich das Interesse der Europäischen Union und der Kommission im Speziellen, dass der Warenaustausch frei und ohne Hindernisse stattfindet.

Für die Kommission war das nicht immer leicht zu bewerkstelligen, weil es Widerstände gab. Ursprünglich mit Vorschriften über den Binnenmarkt, aber seit 2007 – dem Jahr der Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon – gibt es eine Rechtsgrundlage im Primärrecht, mit der Energiepolitik betrieben werden kann. Vor allem im Artikel 194 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sind die wesentlichen Handlungsfelder der Gemeinschaft in Sachen Energiepolitik beschrieben.

Kern ist das reibungslose Funktionieren des Energiemarktes, die Steigerung der Energieeffizienz, die neuen und erneuerbaren Energien, die Energieversorgung und, ganz wichtig, die Interkonexion.

Warum war es so schwer, in der Energie- und Klimapolitik etwas zu machen? Ganz einfach weil sich die Mitgliedsstaaten lange dagegen gewehrt haben. Hier ist vor allem der Energiemix gemeint, den die Mitgliedsstaaten natürlich selbst regeln wollten und wollen. Man darf auch nicht vergessen, wie unterschiedlich die Länder sind. Polen etwa wird sehr oft als negatives Beispiel genannt, wenn es darum geht, Energiepolitik weiterzuentwickeln. Aber in Polen gibt es eben viel Kohle und in Frankreich Atomkraft. Die Ausgangslage in den Mitgliedsstaaten ist also ganz unterschiedlich. Durch den Vertrag von Lissabon kam es natürlich nicht zu einer Entmündigung der einzelnen Mitgliedsstaaten, sondern die Kom-

mission konnte jetzt Vorschläge präsentieren. Energiepolitik gehört zu den gemischten oder geteilten Zuständigkeiten und unterliegt damit dem Subsidiaritätsprinzip; das heißt, der EU können nur dann Kompetenzen übertragen werden, wenn ersichtlich ist, dass das Problem auf europäischer Ebene besser oder wirkungsvoller zu lösen ist als auf nationaler oder regionaler Ebene.

ZIELE UND HERAUSFORDERUNGEN DER EU-ENERGIEPOLITIK

In den 1950er-Jahren war es das Ziel, dass man größtmögliche Energiemengen zu einem niedrigen Preis zur Verfügung stellen konnte, nach der Ölkrise ging es um die Sicherung und ab den 1990er-Jahren begann der Klimaschutz eine Rolle zu spielen. Im Lauf der Jahrzehnte wurde deutlich, wie stark Energie- und Klimafragen mit anderen Politikfeldern verwoben sind, und heute ist dieses Wissen verstärkt im öffentlichen Bewusstsein.

Die Hauptherausforderungen der Energiepolitik der Europäischen Union sind die Versorgungssicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit und natürlich der Klimaschutz.

Zur Versorgungssicherheit: Europa ist ganz stark von Erdöl und Erdgas vor allem aus Russland und dem arabischen Raum abhängig. Ziel der Europäischen Union ist es, eine Diversifizierung herzustellen, also dass die Energie aus verschiedenen Bereichen kommt. Das klingt gut, ist aber nicht immer gut gemeint bzw. beinhaltet durchaus gefährliche Dinge – Stichwort Schiefergasförderung und Atomkraft.

Die EU-Kommission ist stark daran interessiert, den südlichen Gas-korridor voranzutreiben. Dieser Korridor soll zur Gasbeförderung aus kaspischen und nahöstlichen Quellen nach Europa dienen; dazu gehört auch die Nabucco-Pipeline, die von der Türkei nach Österreich führen soll, um eben Russland auszuweichen und zum Beispiel über Aserbaidschan an billigeres Gas zu kommen. Allerdings gibt es noch sehr große Hemmnisse und politische Probleme.

Zum Klimaschutz: Auf die 20-20-20-Strategie der EU und deren Ziele sind bereits Gunda Kirchner, Stephan Kohler und Michael Proschek-Hauptmann in ihren Vorträgen eingegangen. Besonderes Augenmerk möchte ich auf die Reduzierung der Treibhausgasemissionen lenken, die im Grunde genommen eine doppelte Funktion ausübt: Zum einen betreibt die Europäische Union die Idee, die Wirtschaft hin zu einer Low Carbon Economy zu beschleunigen, und zum anderen will man damit auch ein außenpolitisches Signal setzen, dass Europa im Hinblick auf internationale Klimaabkommen sozusagen einen Schritt voraus ist, einen Schritt weiter als andere Länder geht und ein Vorbild sein will.

Die strategischen Ziele wurden in Initiativen und in Legislativakte umgesetzt. Zur Illustration drei Beispiele:

- Verordnung über CO₂-Emissionen von PKW und leichten Nutzfahrzeugen,
- Richtlinie zur Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems (ETS),
- Richtlinie mit verbindlichen einzelstaatlichen Zielvorgaben für die Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energiequellen am Energiemix.

Bei der Verordnung über CO₂-Emissionen geht es darum, dass man die CO₂-Emissionen von Kraftfahrzeugen und Leichtfahrzeugen sukzessive zurücknimmt.

Interessant ist eher die Richtlinie zur Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems, das ursprünglich ein marktwirtschaftliches Instrument für die Klimapolitik war, um große Treibhausgasemittenten der Industrie und Energieversorgung zu umfassen. Derzeit umfasst das ETS-System 40 % der Treibhausgasemissionen der EU. Welche Probleme es in diesem Bereich gibt oder ich da sehe, werde ich gleich erläutern.

Die Richtlinie mit den verbindlichen einzelstaatlichen Zielvorgaben für die Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energiequellen am Energiemix sieht zum Beispiel für Österreich vor, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger bis zum Jahr 2020 auf 34 % steigen soll.

KRITISCHE ANMERKUNGEN

Meine kritischen Anmerkungen zu den 20-20-20-Zielen der EU: Das Emissionshandelssystem der EU ist im Grunde völlig zusammengebrochen. Bis 2020 werden ungenutzte internationale Zertifikate übrigbleiben. Ursprünglich wurde geschätzt, dass der Zertifikatspreis zwischen 30 und 40 Euro pro Tonne CO₂ liegen wird, mittlerweile haben wir zwischen 10 und 16 Euro, und dieser Preis wird sich nicht erholen.

Das ETS-System war an und für sich eine gute Idee, die aber aus verschiedenen Gründen gescheitert ist: Erstens hat man das System zu einem Zeitpunkt eingeführt, als die Wirtschaft in Europa floriert hat. Mittlerweile schaut die Sache ganz anders aus. Zweitens ist die EU auch nicht mehr so ambitioniert, was internationale Klimaabkommen betrifft, weil andere Länder, auch die eigenen Mitgliedsstaaten, oft nicht mitmachen. Drittens, wie bereits von Manfred Pils angesprochen, die Rolle der USA und die Schiefergasförderung. Ich denke, dass durch das Fracking in den USA der Gaspreis fallen und damit das ETS-System noch uninteressanter werden wird. Und letztlich haben die mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten einfach kein Interesse und leisten fast Widerstand.

Man schätzt, dass in Europa ca. 270 Milliarden Euro an Investitionen notwendig wären, um den Aufbau einer weitgehend CO₂-neutralen Wirtschaft voranzutreiben und ein höheres Klimaziel zu erreichen. Gleichzeitig könnten zwischen 175 und 320 Milliarden Euro durch vermiedene Energieimportkosten gespart werden. Immerhin wird derzeit jeder zehnte in Europa erwirtschaftete Euro für Energieimporte ausgegeben.

Abwarten kommt teurer. Europaweit wird geschätzt, dass jedes Jahr Verzögerung zusätzlich 100 Milliarden Euro Kosten verursachen würde.

Die Implementierung erneuerbarer Energieträger obliegt den Mitgliedsstaaten. Bei den Biotreibstoffen ist allerdings eine völlig neue Situation entstanden. Eine vom Prinzip her gute Idee hat sich als weder umwelt- noch sozial verträglich herausgestellt.

Weiters möchte ich auf die hohe Belastung für Verbraucher für Einspeisetarife und auf die interessante Diskussion hinweisen, in welche Erneuerbaren man eigentlich investieren möchte. EU-Energiekommissar Günther Oettinger plant ein gesamteuropäisches Fördersystem. Länder im Süden mit viel Sonnenschein sollen eher Solarenergie und Länder, die nördlicher liegen, sollen eher Windenergie produzieren. Was sich aus dieser Idee entwickeln wird, ist schwer zu sagen, vor allem weil ja wieder in den Energiemix eingegriffen werden müsste, und damit haben die Länder, zu Recht muss man sagen, ein großes Problem.

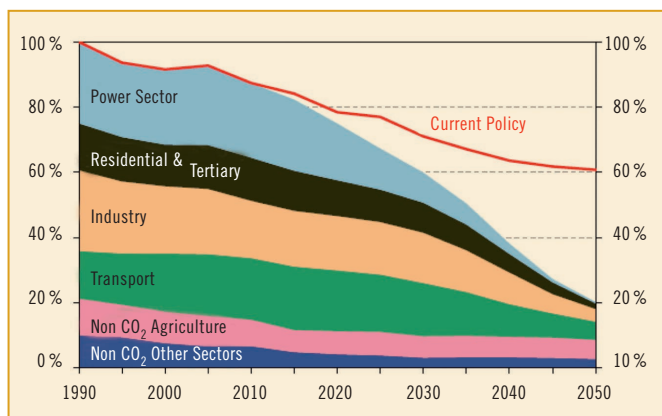
Aufgrund der Finanzkrise haben derzeit viele Länder in der EU einfach keine Ambitionen, in erneuerbare Energien zu investieren. Sicher: Der Ausbau Erneuerbarer ist richtig und wichtig, hat aber auch seine Grenzen. Umso wichtiger wäre es, auf Energieeinsparung zu setzen. Auch hier zeigen viele Studien, dass wir den Energieverbrauch um 50 % reduzieren müssen, damit ein 100%-Renewables-Szenario umsetzbar ist.

Da in den anderen Vorträgen zum Thema Energieeffizienz bereits alles gesagt wurde, werde ich nun auf die Energy Roadmap 2050 eingehen.

DIE ENERGY ROADMAP 2050

Im Gegensatz zur 20-20-20-Strategie handelt es sich bei der Energy Roadmap 2050 zwar um eine langfristige Strategie, aber um eine politisch nicht verbindliche. Die Energy Roadmap 2050 wurde 2011 von der EU-Kommission mit dem Ziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 % bis 2050 im Vergleich zum Wert von 1990 entwickelt; die Nebenziele sind wie immer die Versorgungssicherheit und der wettbewerbsfähige Energiebinnenmarkt.

Es gibt hier vier wesentliche Dekarbonisierungsszenarien: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Kernenergie und die CCS-Technologie (CCS = CO₂-Abtrennung und -Speicherung). Auf die Szenarien, die heute von meinen VorrednerInnen bereits sehr eindrucksvoll dargelegt wurden, werde ich nicht mehr eingehen. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass vor allem zwei Szenarien, nämlich die diversifizierte Versorgungstechnologie und die verzögerte CCS-Technologie, im Grunde ausschließlich auf Atomkraft bzw. auf die Kohlendioxidspeicherung setzen, ohne dass das Wort „erneuerbar“ vorkommt. Da muss man also sehr aufpassen, dass nicht erfolgreich in Richtung dieser Szenarien lobbyiert wird.



Quelle: EU-Kommission, 2011

Die Energy Roadmap 2050 wurde bis dato noch nicht angenommen. Die EU ist, das muss man leider sagen, nicht auf dem Weg zur Erreichung der 2050-Ziele. Die rote Linie in der Grafik zeigt die jetzige Entwicklung.

Die Energiewende, und das sagen sowohl die EU-Kommission als auch NGOs und Zivilgesellschaften, ist technisch und wirtschaftlich machbar. Allerdings bedarf es einer Erhöhung der Energieeffizienz und einer erheblichen Steigerung des Anteils an erneuerbarer Energie, um die Emissionsziele zu erreichen. Je früher die Investitionen getätigt werden, desto kostengünstiger werden sie sein, und die Energiewende steht und fällt mit der Infrastruktur. Es werden immense Summen benötigt werden, um die Erneuerbaren einspeisen und transportieren zu können. Ein erster Schritt dazu ist die sogenannte Energieinfrastrukturverordnung, die prioritäre Projekte vorsieht, die ich aber schon kritisch betrachten möchte. Es geht darum, dass man Energie besser über „große Leitungen“

transportieren kann. Die Idee der EU-Kommission ist an sich eine gute, allerdings muss man aufpassen, dass solche überwiegend im öffentlichen Interesse stehenden Projekte nicht über Umweltbelange einfach „drüberfahren“. Bei diesen prioritären Projekten muss man also sehr vorsichtig sein.

AUSBLICK AUF DIE ZEIT NACH 2020

Man spricht eigentlich immer von den 20-20-20-Zielen der EU, also von heute bis in sieben Jahren, und kaum von der Zeit bis 2050. Das liegt wahrscheinlich daran, dass es noch keine Europa-2030-Strategie gibt. Am 27. März 2013 wird von der Europäischen Kommission ein Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“ (Green Paper „A 2030 Framework for Climate and Energy Policies“) herausgegeben. In einer Vorabmitteilung prophezeit die Kommission einen Einbruch bei den erneuerbaren Energien, wenn keine neuen Rahmenbedingungen bis 2030 geschaffen werden. Für die Kommission gibt es drei Optionen:

- Wir setzen uns neue Ziele für Treibhausgasemissionen, jedoch keine neuen Ziele für erneuerbare Energien. Vor allem Großbritannien hat daran ein großes Interesse. Das wichtigste Instrument wäre wieder das ETS, das meiner Meinung nach gescheitert ist. Man müsste stattdessen ein völlig neues Steuerungs- und Lenkungsinstrument entwickeln.
- Zweite Option: Es gibt drei nationale Ziele – für Erneuerbare, Energieeffizienz und Treibhausgasreduktion. Das heißt, die Mitgliedsstaaten regeln ihre Ziele selbst.
- Oder man regelt die bisherigen Zielvorgaben für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Treibhausgase wieder auf EU-Ebene; also man versucht das Jetzige, verbessert natürlich, zu verlängern.

Die Frage ist, welche Ziele man sich setzen wird. Derzeit legt die Kommission die Zahlen der Roadmap 2050 zugrunde: Das wäre eine Reduktion der Treibhausgase um 40%; das ist meiner Meinung nach viel zu niedrig angesetzt. Eine Treibhausgasreduktion um 40% hat das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schon für 2020 als Grenzwert empfohlen, wenn man nur eine 50%-Chance haben möchte, dass die globale Erwärmung nicht um mehr als 2°C steigt. Es wäre daher eine Reduktion um 60% nötig.

Die EU-Strategie bis 2030 soll bis Ende 2013 vorliegen und wird sicher für Konflikte sorgen. Die EU-Energiepolitik wird sich weiterhin im Spannungsfeld zwischen den Mitgliedsstaaten und der Kommission bewegen und verschiedene Interessenlagen berühren. Eine gemeinsame Energiepolitik der EU-Mitgliedsländer wird noch eine Weile dauern – möglicherweise ist die EU auf dem richtigen Weg.

Mag. Bernhard Zlanabitnig, Geschäftsführer des EU-Umweltbüros



Österreichs Weg zu einer effizienten und klimaschonenden Energiepolitik

Sozial-ökologischer Fortschritt in Zeiten von Klimawandel sowie Finanz- und Wirtschaftskrise



In ihrem Referat geht Michaela Schmidt auf die verschiedenen Probleme und Konfliktfelder im Energiebereich ein. Sie kritisiert etwa das Moralisieren des Energiesparens und dass die Finanzierung der Förderung von Ökostrom ungerecht verteilt ist – sowohl zwischen Privathaushalten und Unternehmen als auch zwischen den Haushalten.

Ich habe die Ehre, die letzte Referentin zu sein. Das hat den Nachteil, dass manche meiner vorbereiteten Daten und Forderungen schon erwähnt wurden. Ich werde daher auf die Aspekte näher eingehen, die meines Erachtens bislang noch nicht so genau besprochen wurden.

Aus der Sicht der Arbeiterkammer gibt es für die Notwendigkeit einer Energiewende folgende gute Gründe:

- Bekämpfung des Klimawandels
- Steigende Preise für fossile Energieträger, Importabhängigkeit von politisch instabilen Regionen: In Österreich wurden 2010 für Gas- und Ölimporte 8,4 Milliarden Euro ausgegeben (abzüglich Exporteinnahmen), 2001 waren es „nur“ 3,8 Milliarden Euro. Das ist eine ziemliche Steigerung. Diese 8,4 Milliarden Euro wurden nicht in Österreich investiert, sondern flossen in politisch instabile Regionen mit teilweise problematischen Regierungen.
- Notwendige Zukunftsinvestitionen in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit: Wir haben derzeit in Österreich über 400.000 Arbeitslose. Auch wenn es in Österreich noch ein bisschen besser als in den anderen europäischen Ländern aussieht, sollten wir auch in Österreich Programme zur Konjunkturförderung starten. Und

möglicherweise wäre es besser, diesmal nicht eine Abwrackprämie für Autos ins Konjunkturprogramm aufzunehmen – es gibt sicher sozial und ökologisch fortschrittlichere Maßnahmen, beispielsweise den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und thermische Sanierungen. Das sind die zwei energiepolitischen Bereiche, in denen wir die größten Nettobeschäftigungseffekte haben und in denen für jeden investierten Euro die meisten Arbeitsplätze geschaffen werden. Das gilt auch für den Ausbau mancher erneuerbarer Energien. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

- Einhaltung politischer Zielvorgaben (EU-20-20-20-Ziele)
- Energiepolitik = Verteilungspolitik: Es wird und wurde oft suggeriert, die Energiewende sei eine Win-win-Situation. Wir machen da alle mit, und dann geht es uns allen besser. Aber das stimmt so nicht, Energiepolitik ist ein sehr konflikträchtiges Feld. Es geht darum, dass unterschiedliche Branchen, unterschiedliche Menschen unterschiedliche Interessen haben. Es geht auch schlichtweg darum, wer denn diese Energiewende zahlt. Und da gibt es meiner Meinung nach in Österreich einen erheblichen Veränderungsbedarf.

DIE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR ENERGIEPOLITIK

Österreich hat sich dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2020 einen 34%-Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch und 20% mehr Energieeffizienz zu erreichen. Die Treibhausgase sollen für Sektoren im Emissionshandelssystem um 21% und für andere Sektoren um 16% sinken.

Eine soziale und ökologische Energiewende muss auch die Verteilungswirkungen der energiepolitischen Maßnahmen analysieren. Wer finanziert Maßnahmen? Wie werden Förderungen finanziert? Wer profitiert von diesen Maßnahmen und Förderungen?

ERNEUERBARE ENERGIEN – STATUS QUO

Das wichtigste Gesetz in diesem Bereich ist das neue Ökostromgesetz. Es regelt die bevorzugte Einspeisung von erneuerbaren Energien ins Stromnetz und garantiert feste Einspeisevergütungen für die ErzeugerInnen. Das heißt, es wird für eine gewisse Laufzeit garantiert, dass die ErzeugerInnen erneuerbarer Energien für die nächsten 13, 15 Jahre einen fixen Preis erhalten. Die jährliche Förderzuwachssumme wurde von 21 auf 50 Mio. Euro erhöht. Diese Summe sinkt jährlich um 1 Mio. Euro bis auf 40 Mio. Euro. Insgesamt betrug das ganze Unterstützungsvolumen für Ökostrom 2012 357 Mio. Euro, für 2013 werden bereits 409 Mio. Euro prognostiziert. Im Gegensatz zu den meisten anderen Förderungen in Österreich wird diese Förderung nicht aus dem Budget finanziert. Es handelt sich also um keine steuerliche Förderung, sondern sie wird von den StromverbraucherInnen und -verbrauchern gezahlt, und zwar je nachdem, auf welcher Netzebene sich der jeweilige Stromverbraucher befindet und wie hoch ihr Stromverbrauch ist. Diejenigen, die auf einer niedrigen Netzebene sind, also vor allem die energieintensive Industrie, zahlen für jede verbrauchte kW-Stunde Strom weniger als private Haushalte und kleine Unternehmen.

Dann stellt sich noch die Frage, wofür dieses Ökostromvolumen eingesetzt wird. Bei erneuerbarer Energie denken die meisten an Photovoltaik und an Windkraft. In Österreich wurden jedoch 2011 drei Viertel des gesamten Unterstützungsvolumens für Biomasse- und Biogasanlagen ausgegeben. Auf Photovoltaikanlagen entfielen 2011 nur 6% der Förderungen. Das hat sich mit dem neuen Ökostromgesetz im Jahr 2012 etwas verschoben; da geht es ein bisschen mehr in Richtung Photovoltaik und Windkraft.

Das Ziel des Ökostromgesetzes für 2015 lautet, 15% des Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien mit Einspeisevergütungen abzudecken; seit 2005 pendelt der Anteil relativ konstant zwischen 9 und 11%. Das Problem ist nicht, dass die eingespeiste Menge nicht steigt, sondern dass der Stromverbrauch schneller als die eingespeiste Ökostrommenge steigt. Mit dem neuen Ökostromgesetz scheint es aber doch sehr realistisch, dass das für 2015 angepeilte Ziel erreicht wird.

Bei Biomasse und Biogas steigen die Preise, bei Windkraft und Photovoltaik fallen sie. Der Holzpreis etwa ist so hoch, weil die Nachfrage nach Holz so hoch ist. Wenn es sehr viele Bio-

masseanlagen gibt und nicht genug preiswertes Holz, um sie zu betreiben, muss es aus anderen Ländern importiert werden – das ist ökologisch betrachtet nicht unbedingt erstrebenswert.

2020 sollen in Österreich 65% des Stroms aus erneuerbaren Energien – inklusive Wasserkraft – kommen, derzeit sind es bereits 64%. Das Erreichen des Ziels für 2020 scheint also durchaus realistisch zu sein – immer unter der Annahme, dass der Stromverbrauch sich halbwegs konstant entwickelt. Das gilt auch für den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch (nicht nur Strom!), der 2020 34% betragen soll – 2010 lag er bei ca. 31%.

KRITIK AN DER ÖKOSTROMFÖRDERUNG

Die Arbeiterkammer kritisiert an der Ökostromförderung vor allem, dass die Finanzierung der Förderung von Ökostrom ungerecht verteilt ist: Die Privathaushalte zahlen zwischen 35 und 40% der Kosten, verbrauchen aber nur 26% des Stroms (ca. 64 Euro jährlich). Die Industrie zahlt nur 6% der Ökostromförderung, verbraucht aber 20% des Stroms. Zumindest hat die Arbeiterkammer jetzt durchgesetzt, dass Haushalte mit wenig Einkommen, das sind jene, die von den GIS-Gebühren befreit sind, jährlich nicht mehr als 20 Euro für Ökostromförderungen zahlen müssen. Damit beginnt man, das wachsende Problem der Energiearmut zu bekämpfen.

Außerdem sind wir der Meinung, dass es keine Förderung von problematischen Technologien geben soll. Eine problematische Technologie ist für uns Biogas. Biogasanlagen werden schon seit Jahren mit überhöhten Förderungen am Leben erhalten. Die Arbeiterkammer hat deswegen bei der EU-Kommission eine Beschwerde eingereicht. Aber wir sind nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen dagegen: In Biogasanlagen wird vor allem Mais verstromt, und man hat hier das gleiche Problem wie beim Agrotreibstoff. In der Landwirtschaft wird nur noch Mais angebaut, nicht als Nahrungsmittel, sondern für die Stromgewinnung.

Es gibt andere Technologien, die unseres Erachtens wesentlich besser geeignet sind. Daher fordern wir einen Vorzug für rohstoffunabhängige erneuerbare Energiegewinnung aus Windkraft, Photovoltaik und Geothermie im Kleinen.

Die Arbeiterkammer spricht sich auch gegen überhöhte Renditen mit Fördergeldern aus. Wir haben nämlich mittlerweile das Problem, dass die Hersteller erneuerbarer Energien an manchen Standorten Umsatzrenditen von bis zu 13% haben. Die traditionellen Energieversorger haben Renditen zwischen 4 und 5%. Die überhöhten Renditen werden von den KonsumentInnen finanziert.

ENERGIEVERBRAUCH UND -EFFIZIENZ – STATUS QUO

Auch ich teile die Meinung, dass Österreich eine Steigerung der Energieeffizienz braucht; nur durch den Ausbau von erneuerbaren Energieträgern wird die Energiewende nicht gelingen.

In Österreich werden derzeit 33% der Energie im Verkehrssektor verbraucht, 28% im produzierenden Gewerbe, 26% in den Haushalten, 11% im Dienstleistungssektor und 2% im Landwirt-

schaftssektor. Der größte Anstieg des Energieverbrauchs erfolgte im Verkehrssektor. Nichtsdestotrotz gibt es gerade im Verkehrssektor kaum Maßnahmen – weder auf europäischer noch auf österreichischer Ebene. Der Verdacht liegt nahe, dass hier sehr gute Lobbyisten am Werk sind, die sich gegen jede Maßnahme wehren.

DAS ENERGIEEFFIZIENZPAKET DES BUNDES

Das Energieeffizienzpaket des Bundes ist momentan in Begutachtung. Im Gesetzestext steht, dass dieses Energieeffizienzpaket nur ein Drittel zur Zielerreichung beitragen wird, sofern es richtig umgesetzt wird. Das Ziel bis 2020 wäre es, den Energieverbrauch von 1100 Petajoule aus dem Jahr 2005 konstant zu halten.

Das Energieeffizienzpaket baut auf drei Verpflichtungen auf:

- Verpflichtung für Unternehmen: Erstmals werden Unternehmen zu Maßnahmen verpflichtet; sie müssen entweder ein Energiemanagementsystem einführen oder Energieberatungen (in den Klein- und Mittelunternehmen) machen. Für große Unternehmen gibt es auch jährliche Einsparverpflichtungen; alternativ können die Betriebe Ausgleichszahlungen leisten.
- Verpflichtung für Energielieferanten: Die Energielieferanten haben den größten Teil der Verpflichtungen zu tragen. Sie müssen jährlich 0,6 % ihres Umsatzes einsparen, allerdings nicht bei ihren eigenen Kunden. Durchgesetzt hat die Arbeiterkammer zumindest, dass 40 % dieser Einsparmaßnahmen im Haushaltsbereich durchgeführt werden müssen, weil gerade der Haushaltsbereich sehr viel zur Finanzierung der Energiewende beiträgt, aber relativ wenig zurückkommt.
- Verpflichtung für den Bund: Jährliche Sanierungsrate von 3 % (derzeit ca. 1,2 %) für Bundesgebäude.. Problematisch ist, dass durch zahlreiche Ausnahmen, vor allem durch das Ausklammern der Bundesimmobiliengesellschaft, keine Schulen, keine Justizgebäude, keine Gefängnisse etc. von der Sanierungsverpflichtung betroffen sind.

Der ganz große Schwachpunkt des Energieeffizienzgesetzes ist allerdings der Verkehrssektor. Es ist zwar möglich, im Verkehrssektor Maßnahmen zu setzen und sich diese anrechnen zu lassen, aber in die Berechnungsbasis wurde der Verkehr nicht einbezogen.

Die Steigerung der Energieeffizienz ist das Fundament der Energiewende. Das Energieeffizienzpaket ist daher für uns grundsätzlich ein politisch ambitionierter Schritt, auch weil es einen Paradigmenwechsel darstellt, weg von Förderungen und Anreizen, hin zu ordnungsrechtlichen Vorschriften.

Die Zielsetzung ist allerdings wenig ambitioniert, und die Wirksamkeit des Gesetzes wird durch die Herausnahme des Verkehrssektors aus der Berechnungsgrundlage beschnitten. Möglicherweise werden auch die Ausgleichszahlungen zu niedrig angesetzt; die Höhe dieser Zahlungen ist zwar noch nicht fixiert, aber es ist klar, wenn sie zu niedrig ausfallen, werden die Unternehmen und Energielieferanten lieber diese „Strafen“ zahlen, als in Energieeffizienzmaßnahmen investieren. Auch das Herausnehmen der Bundesimmobiliengesellschaft aus den Verpflichtungen des Bundes schmälert die Wirksamkeit des Gesetzes.

Das Gesetz wird im besten Fall nur ein Drittel zur österreichischen Zielerreichung beitragen, die restlichen zwei Drittel sollen auf Länderebene und im Verkehrssektor eingespart werden. Wie das geschehen soll, ist allerdings noch völlig offen.

PROBLEME UND KONFLIKTE IN DER KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

Energiepolitik ist ein konflikträchtiges Feld, und ich möchte im Folgenden einige Konflikte anführen.

- Problematik Zeithorizont: Wir müssten eigentlich heute investieren, haben aber die vermeidbaren Schäden erst in Jahrzehnten. Das begünstigt natürlich das Verschieben von Maßnahmen in die Zukunft.
- Erneuerbare Energien versus Naturschutz: Erneuerbare Energien sind nicht per se umweltfreundlich, ich denke da an Kleinwasserkraftwerke in nicht regulierten Flussläufen, Biogasgewinnung, für die man exzessiv Mais anbaut, und an Windkraftanlagen in Naturparks.
- Unternehmen versus Haushalte: Unternehmen verbrauchen zwar mehr Energie, werden aber auf Kosten der Haushalte geschont, um ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden. Besonders extrem ist es zum Beispiel in Deutschland, wo sich der Unternehmenssektor mehr oder weniger völlig aus der Finanzierung der Energiewende zurückgezogen hat.
- Not-in-my-own-Backyard-Bewegungen: Dazu zählen Personen oder zum Beispiel Bürgerinitiativen, die zwar für erneuerbare Energien und Umweltschutz sind, aber tunlichst nicht in ihrer Gemeinde, nicht auf ihrem Lieblingshausberg, nicht in ihrem Unternehmen.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE SACKGASSEN

- Das Ausspielen von sozialen und ökologischen Zielen: Das Ausspielen von sozialen und ökologischen Zielen erleben wir in den letzten Jahren leider immer öfter. Es gibt Verlagerungsdrohungen und Angstmachen durch Konzerne, und es wird alles versucht, um die Finanzierungskosten auf die Haushalte abzuschieben. Auf der anderen Seite werden ökologische Ziele als Gegenpol zu Löhnen und Preisen gebracht. Wir haben tatsächlich schon Lohnverhandlungen, in denen argumentiert wird, wir können die Löhne der ArbeitnehmerInnen nicht erhöhen, weil die Energiekosten so hoch sind.
- Kein Fortschritt durch einseitige, profitorientierte Green Economy: Derzeit gibt es Freiwilligkeit statt verbindlicher Regeln, etwa wie hoch der CO₂-Ausstoß eines Autos sein darf. Zur Green Economy zählt auch die Vermarktung der Natur. Das beste Beispiel dafür ist der Emissionshandel: Der Ausstoß von Treibhausgasen wird nicht einfach beschränkt, sondern wird zur Ware, die dann mit Zertifikaten an der Börse gehandelt werden kann. Wir haben drastische Fehlentwicklungen im Bereich Agrosprit und oft auch dramatisch schlechte Arbeitsbedingungen und Löhne in den sogenannten Green Jobs.

- Politische Verantwortung nicht auf die KonsumentInnen übertragbar: Oft wird behauptet, wenn nur jeder von uns ein bisschen einspart, wird es uns allen gut gehen. Dieses Moralisieren von Energiesparen ist einerseits ungerecht, weil es Haushalte gibt, die das schlichtweg nicht tun können; sie können nicht sehr viel Geld für regionale Lebensmittel aufwenden, weil sie es nicht haben. Sie haben auch keine Möglichkeit, in ihrer Wohnung viel einzusparen, weil sie in Substandardwohnungen leben, für die sie Miete zahlen. Sie können also auch nicht die Wohnung sanieren. Von diesen Menschen zu verlangen, sie sollen jetzt „die Welt retten“, ist zynisch und auch gar nicht möglich. Der Haushaltssektor ist ja nur zu einem geringen Teil am Gesamtenergieverbrauch beteiligt. Wir haben heute gehört, wie viele Subventionen zum Beispiel in umweltschädliche Bereiche fließen. In diesen Bereichen müsste man zuerst ansetzen und nicht bei den einzelnen Personen.
- Schieflage bei der Ertrags- und Kostenverteilung insbesondere zwischen Haushalten und Industrie
- Energie- und Umweltfragen dürfen nicht dem Markt überlassen werden! Es wurden heute schon einige Beispiele genannt, wo dieser Markt eben nicht funktioniert, etwa im Emissionshandel und an den Strombörsen. Natürlich haben wir einen Anstieg des Strompreises durch die Knappheit der fossilen Energieträger. Aber die Strompreise sind auch durch Spekulation zusätzlich künstlich übersteuert bzw. werden dadurch immer volatil. Man muss sich daher überlegen, wie man dieses System anders gestalten kann, wenn es offensichtlich ist, dass es mit den erneuerbaren Energien so nicht mehr funktioniert.

MMag.^a Michaela Schmidt, Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, Arbeiterkammer Oberösterreich

Europas Energiezukunft. Sind wir am richtigen Weg?



Am Podium saßen Gunda Kirchner, Michael Proschek-Hauptmann, Michaela Schmidt und Bernhard Zlanabitnig. Die Diskussion leitete Johannes Kaup. Im Folgenden eine Zusammenfassung der wesentlichsten Inhalte.

Was sollten die Naturfreunde von dieser Veranstaltung kommunizieren – sowohl auf der individuellen Ebene als auch auf der Ebene einer Interessenvertretung, wie die Naturfreunde eine sind?

Gunda Kirchner: Auf der individuellen Ebene geht es um Bewusstseinsbildung im Bereich Energiesparen und in der effizienten Energienutzung. Man muss den Energieverbrauch feststellen und die Schwachpunkte erkennen und dann Maßnahmen setzen, um den Energieverbrauch einzudämmen. Ein wesentlicher Punkt ist auch das Thema Bildung. In Österreich haben wir dafür ein gutes Beispiel, nämlich das der Abfalltrennung. Den Kindern wird bereits von klein auf mit auf den Weg gegeben, wie Abfalltrennung funktioniert und warum das so wichtig ist.

Michael Proschek-Hauptmann: Die Naturfreunde haben bis jetzt im Bereich Klimaschutz und Energie schon einiges gemacht. Ich denke etwa an die Aktion „Umsteigen vorm Aufsteigen“, die für eine umweltfreundliche An- und Rückreise bei Ausflügen wirbt. Das

halte ich für ein tolles bewusstseinsbildendes Instrument, mit dem man den Mitgliedern und interessierten Personen zeigt, dass sie selbst etwas tun können. Angesichts der großen globalen Probleme meinen leider viele, dass man selbst eigentlich nicht wirklich etwas machen kann. Aber das ist eben *nicht* der Fall.

Die Naturfreunde können auch im Konzert der Umweltorganisationen eine sehr wichtige Rolle spielen, gerade wenn es um die Verbindung zwischen ökologischen und sozialen Zielsetzungen geht. Sehr hilfreich wäre es auch, das Thema Abbau umweltschädlicher Subventionen anzugehen.

Michaela Schmidt: Die Naturfreunde wären ein guter Partner, der darauf achtet, dass man soziale und ökologische Ziele nicht gegeneinander ausspielt. Ohne die soziale Akzeptanz der Bevölkerung kann es keine erfolgreiche Energiewende geben. Hier können die Naturfreunde eine gute Vermittlerrolle spielen, auch auf politischer Ebene.

Bernhard Zlanabittig: Meine Vision wäre, dass sich alle Zivilgesellschaften aus dem Umweltbereich eines Tages zusammenschließen und als Umweltsozialpartner an Verhandlungen und Ministerrats-sitzungen teilnehmen dürfen. Mir fehlt eine solche Vereinigung und stärkere Kooperation.

Was ist zu tun, damit beim Umbau des Energiesystems der Natur- und Umweltschutz nicht unter die Räder kommt?

Michael Proschek-Hauptmann: Der Kern unserer Aufgabe ist, die Lebensqualität für den Menschen zu erhalten. Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Aktivitäten, zumindest ist das mein Verständnis von Umwelt- und Naturschutz. Wir haben zwar die rechtlichen Rahmenvorgaben, Århus-Konvention, Öffentlichkeitsbeteiligungsvorgaben seitens der Europäischen Union, UVP-Gesetz und so weiter und so fort. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Umweltorganisationen müssen sich verstärkt einbringen und sich politisch artikulieren. Wir dürfen unsere Selbstbestimmung in diesem Bereich, wo es um unsere Lebensqualität geht, nicht aufgeben. Das muss das Selbstverständnis einer fortschrittlichen Demokratie sein.

Die geplanten transeuropäischen Energieinfrastrukturnetzwerke legen im Prinzip ein allgemeines übergeordnetes öffentliches Interesse fest. Was heißt das für den Naturschutz? Der Landesnaturschutz wird dadurch einfach ausgehebelt. Für den europäischen Naturschutz heißt es, dass nur mehr prioritäre Lebensräume und Arten gemäß der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zu berücksichtigen sind. Aber selbst hier gibt es eine Ausnahmeklausel: Wenn es für die nationale Sicherheit notwendig ist, sind Eingriffe möglich. Energieunternehmen und ihre Lobby wissen sehr wohl, wie sie diesen Passus „nationale Sicherheit“ zu interpretieren haben, um ihn in ihrem Sinne auszulegen. Das kommt auf uns zu. Und wenn sich die Umweltschutzorganisationen und die Bürgerinitiativen nicht aufstellen und sagen, wir wollen das nicht, wird es Eingriffe geben.

Was können wir angesichts der weltweiten Energieproblematik schon tun?

Gunda Kirchner: Es ist klar, dass in Ländern wie China und Indien der Energieverbrauch eklatant steigt. Aber es ist sicher nicht so, dass wir uns zurücklehnen dürfen und einfach nichts tun. Denn es ist auch eine Frage der Sicherheit, weil aufgrund der Klima- und Energieproblematik auch internationale Konflikte entstehen können. Die Energiewende bietet aber auch der österreichischen und europäischen Wirtschaft die Chance, Vorreitertechnologien und -dienstleistungen in Länder zu exportieren, die im Energiebereich mit den großen Wachstumsraten konfrontiert sind. Diese Chance sollte genutzt werden. Das ist mir ganz wichtig.

Wie kann eine Steigerung der Energieeffizienz erzielt werden?

Gunda Kirchner: Bei der Steigerung von Energieeffizienz sehen wir einerseits einen technischen Ansatz. Es gibt mit A+++ gekennzeichnete Kühlschränke, die Ökodesign-Richtlinie, die eine verbesserte Energieeffizienz und allgemeine Umweltverträglichkeit von Elektrogeräten zum Ziel hat, etc. Alles, was in puncto Energieeffizienz technologisch möglich ist, ist gut, vor allem, weil man dafür keine Bewusstseinsbildung braucht. Hier ist Energieverbrauchs-senkung leichter durchsetzbar.

Mit der neu beschlossenen Energieeffizienz-Richtlinie sehe ich die Motivation, dass auch in diesen Bereichen ein Markt für Energiedienstleistungen entwickelt werden wird. Der Bereich Erneuerbare hat sich mittlerweile etabliert, nicht zuletzt aufgrund der geschaffenen Rahmenbedingungen. Die Steigerung der Energieeffizienz ist bei den kleinen Abnehmern nicht so sichtbar, weil die ökonomische Rendite nicht so groß ist. Die Kunst wird sein, dass die Energieunternehmen und die verpflichteten Unternehmen zielgruppenadäquat zu arbeiten beginnen. Wir kennen verschiedene Haushaltstypen und wie sie mit Energie umgehen. Es gibt zum Beispiel Haushalte, denen Energiesparen ganz egal ist, aber es gibt auch sehr ökologisch interessierte Menschen. Man kann also mit sozio-ökonomischen Möglichkeiten arbeiten, um Energieeffizienz voranzutreiben.

Der höchste Energieverbrauch erfolgt im Verkehrssektor. Gibt es auch in diesem Bereich eine Energiewende?

Michaela Schmidt: Wie in allen anderen Bereichen, muss man aufpassen, nicht alles nur auf den Haushaltssektor zu beziehen. Ein großer Teil des Verkehrssektors ist nun einmal der Güterverkehr. Ein Betriebsrat aus der energieintensiven Industrie hat einmal gemeint: Wie soll ich meinen Angestellten erklären, nicht mit dem Auto zur Arbeit zu kommen, wenn jeden Tag 500 LKWs das Firmengelände verlassen? Man muss also den Güterverkehr auf die Schiene bringen und natürlich auch im Haushaltsbereich etwas ändern. Der öffentliche Verkehr gehört ausgebaut, und man könnte die Pendlerpauschale ökologisieren: Dort, wo es öffentliche Verkehrsmittel gibt, sollen verstärkt Anreize gesetzt werden, sie auch zu benutzen. Haben ArbeitnehmerInnen jedoch keine Möglichkeit, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen, braucht es eine finanzielle Abgeltung der Kosten. Solange die politischen Rahmenbedingungen so sind, dass der öffentliche Verkehr zusammengestaucht wird, speziell in manchen Bundesländern wie in Niederösterreich, wo Nebenbahnen geschlossen werden, etc., ist es schwierig, von den Leuten zu verlangen, bitte fahrt weniger mit dem Auto. Es muss gleichwertig sein: Auf der einen Seite muss ich mit dem öffentlichen Verkehr eine Alternative anbieten, und dann kann ich Anreize schaffen, dass die Leute auch auf den öffentlichen Verkehr umsteigen.

Auf europäischer Ebene gibt es eine Richtlinie für CO₂-Grenzwerte für Autos. Diese Richtlinie wurde jedoch so verwässert, dass sie überhaupt nicht wirksam ist. Man müsste viel mehr an der Produzentenseite ansetzen, denn es ist mittlerweile technisch möglich, Drei-Liter-Autos zu bauen. Da fragt man sich, warum es immer noch erlaubt ist, Autos zu bauen, die 20 Liter/100 km schlucken. In diesem Bereich müsste man also auch mit Verboten agieren.

■ Ist Europa in Sachen Energiewende bereits am richtigen Weg?

Bernhard Zlanabitzig: Ich denke, wir sind *nicht* am richtigen Weg. Die Ambitionen sollten größer sein, man müsste sich höhere Ziele stecken. Selbst in der EU-Kommission wird oft gesagt, wir müssen Klimapolitik machen, *obwohl* das auf die Wirtschaft einen negativen Einfluss hat. Aber das stimmt einfach nicht. Investitionen würden die Krise *früher* beseitigen, die Energiekosten würden sinken, Green Jobs würden entstehen. Das muss man immer wieder betonen. Insofern sind wir noch nicht am richtigen Weg.

Wir reden immer über Milliarden Euro und Policies, aber die einzelnen Menschen interessiert eher, was in ihrem unmittelbaren Umfeld geschieht. Zwischen der EU und „denen da draußen“ gibt es oft einen großen Graben, weil es oft sehr schwierig ist, das Große auf das Kleine herunterzubrechen. Da haben die Institutionen eine Bringschuld zu begleichen.

Gunda Kirchner: In Europa haben wir nun richtige Zielsetzungen – über die Quantität kann man diskutieren, keine Frage. Aber wir kennen den Weg noch nicht ausreichend. Wir haben heute gehört, dass es zunehmend wichtiger wird, in Systemen zu denken. Wir wissen auch aus unseren Studien, dass vor allem auch die technischen Systeme noch nicht ausgereift sind. Wir wissen noch nicht, wie die Systeme der Zukunft aussehen sollen. Es laufen Forschungsarbeiten, es gibt Demonstrationsprojekte, aber den Weg müssen wir noch weiterentwickeln, damit das künftige Energiesystem auch wirklich gut funktionieren wird.

■ Brauchen wir eine Umweltsozialpartnerschaft?

Michael Proschek-Hauptmann: Das Thema Umweltsozialpartnerschaft ist sehr wichtig. Für sämtliche Interessengruppen gibt es gut finanzierte Vertretungen, nur nicht im Umweltbereich. Es sind immer wieder nur Individual- oder Sektorinteressen, die vertreten werden. Ich unterstütze daher klar die Forderung nach einer eigenen gut finanzierten Interessenvertretung für den Umweltbereich im Sinne einer Ökosozialpartnerschaft.



Manfred PILS

Energiewende natur- und sozial verträglich gestalten!

Liebe Naturfreundinnen, liebe Naturfreunde, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schwierig, nach einem so intensiven Tag eine Zusammenfassung zu machen, die alle befriedigen wird. Ich habe mir fünf Punkte aufgeschrieben.

1. Wir wissen, dass wir nicht so weitermachen können wie bisher. Wir werden nicht ewig fossile Energieträger zur Verfügung haben. Wir kennen die Probleme des Klimawandels, und es muss uns bewusst werden, dass wir auch auf soziale Verwerfungen hinsteuern, wenn wir so weitermachen.
2. Wir brauchen eine naturverträgliche Energiewende. Windkraft, Photovoltaik, Biomasse oder Biogas sind nicht per se gut. Wir können uns nicht vorstellen, dass die gesamte Landschaft letztendlich mit diesen Einrichtungen zugepflastert wird. Wir müssen also zu Verfahren kommen, die in dieser Problematik zu einem fairen Diskurs führen.
3. Im Energiesystem wirken viele Bereiche und Prozesse zusammen. Im Rahmen der Energiewende muss man bei den Ursachen und den wahren Treibern ansetzen. Es geht um eine systematische Integration und nicht um die Integration einzelner Teile. Gesamtgesellschaftliche Lösungen sind gefragt.
4. Ohne Effizienz geht es nicht. Wir können die Energiewende nicht nur mit den Erneuerbaren realisieren. Wir brauchen auch eine Steigerung der Energieeffizienz. Wir müssen Energie sparen, und wir müssen Energie optimal verwenden. In Österreich wird das sehr halbherzig angegangen: Der Verkehrsbereich wird zurzeit nicht mit einbezogen, im Bereich Gebäudesanierung wird die Bundesimmobiliengesellschaft, die praktisch alle Gebäude verwaltet, herausgenommen. Damit geht das größte beeinflussbare Effizienzpotential verloren.
5. Die Energiewende bietet die Möglichkeit, dass wir neue Investitionen und Arbeitsplätze ins Land holen. Die Finanzierung der Energiewende muss allerdings sozial gestaltet werden. Wir müssen schauen, wie die Nutzer des Energiesystems letztendlich auch dafür aufkommen. Dazu haben wir heute, glaube ich, ein paar gute Vorschläge gehört.

Zusammenfassend kann ich sagen: Die Energiewende und die Steigerung der Energieeffizienz müssen naturverträglich und sozial gestaltet werden. Das hat sich in der heutigen Konferenz herauskristallisiert.

Ich bin beruflich sehr viel auf Energiekonferenzen, und ich habe noch nicht so oft eine so gute Konferenz erlebt wie heute. Wir hatten sehr gute Vortragende, bei denen ich mich sehr herzlich für ihr Kommen bedanke, und auch sehr gute Beiträge aus dem Publikum.

Ich danke auch Frau Regina Hrbek, Leiterin der Natur- und Umweltschutzabteilung der Naturfreunde Österreich, und allen, die ihr geholfen haben, für die ausgezeichnete Organisation dieser Umweltkonferenz.

Ich möchte auch dem Moderator Johannes Kaup danken, der durch seine launigen Auflockerungen dazu beigetragen hat, dass man auch einmal lachen konnte. Ich freue mich auch, dass wir heute Manfred Linhart und Georg Bauernfeind mit der Kurzfassung ihres Klimasch(m)utzkabarets „Wurst und wichtig“ bei uns hatten. Ihre humorvolle Betrachtung des Energiesparens war eine Bereicherung.

Ich wünsche uns allen beim Hinaustragen der heute vorgestellten Ideen viel Erfolg, und ich hoffe, wir sehen uns auf der nächsten Umweltkonferenz der Naturfreunde!

Mag. Manfred Pils, Präsident der Naturfreunde Internationale





„Die Naturfreunde möchten die Botschafter neuer, zukunftsweisender Lösungen sein. Sie haben auch die Verantwortung, an solchen Lösungen mitzuarbeiten.“

MANFRED PILS, PRÄSIDENT DER NATURFREUNDE INTERNATIONALE

Auf der internationalen Umweltkonferenz der Naturfreunde zum Thema **„Zukunft/Energie/Wende! Ist Europa am richtigen Weg?“**, die am 9. März 2013 in Salzburg stattfand, setzten sich Energieexpertinnen und -experten mit der europäischen Energiepolitik auseinander.

Der weltweite Energieverbrauch steigt dramatisch und wird nach wie vor von fossilen Energieträgern bestimmt, die nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen und immer teurer werden. Das Energiesystem muss daher – auch angesichts der Folgen der globalen Erwärmung – grundlegend verändert werden. In der EU arbeitet man bereits am Umbau der Energieversorgung, an der Reduktion des Energieverbrauchs und an der Steigerung der Energieeffizienz.

Alle Vortragenden betonten, dass die Energiewende naturverträglich und sozial gestaltet werden muss, um auch erfolgreich zu sein. Bei der derzeitigen Umsetzung gibt es nämlich deutliche Mängel, wie der ungezügelter Ausbau von Wind- und Solarenergie, die mangelnde Koordination zwischen den europäischen Mitgliedsländern und die fehlende Berücksichtigung sozialer Konsequenzen der aktuellen Energiepolitik zeigen.

Angeregt wurde auch, dass sich die verschiedenen Umweltorganisationen zu einer eigenen Interessenvertretung zusammenschließen sollten, die in alle energiepolitischen Verhandlungen eingebunden wird. Eine solche Umweltsozialpartnerschaft könnte auch darauf achten, dass man soziale und ökologische Ziele nicht gegeneinander ausspielt.